

Der 12. Feber 1934

Tiefe Differenzen zwischen den Sozialdemokraten und dem Republikanischen Schutzbund auf der einen Seite und den Christlichsozialen und der Heimwehr respektive der Bundesregierung auf der anderen Seite lösten Mitte 1934 einen Bürgerkrieg aus. Heute, 70 Jahre später, sind die Wunden nahezu verheilt und es gibt in Form eines Symposions friedliche Annäherung in diesem heiklen Thema.

Mit dem Bürgerkrieg im Jahre 1934 wurde – von 12. bis 15. Februar – ein dunkles Kapitel in Österreichs Geschichte geschrieben. Über sieben Jahrzehnte war dieses unrühmliche Ereignis wohl heikelster Punkt zwischen Sozialdemokratie und Christlichsozialen. Nun wurde zum heurigen Jahrestag erstmals zu einem Symposium ins Parlament geladen, bei dem auch namhafte Historiker zu Wort kamen. Programmerstellung und Referentenauswahl waren vom „Verein für die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung“ und vom „Karl Vogelsang-Institut zur Erforschung der Geschichte der Christdemokratie“ wahrgenommen worden.

Einleitend ergriff der Erste Nationalratspräsident, Dr. Andreas Khol, vor zahlreichen Gästen im überfüllten Budgetsaal des Wiener Parlaments das Wort.

Khol: Geschichte nicht als Keule instrumentalisieren

Vor 70 Jahren seien sich Österreicher mit der Waffe in der Hand gegenüber gestanden, sagte Khol. Es habe Tote und Verwundungen gegeben – Verwundungen, die bis heute nicht ausgeheilt seien. Der Nationalratspräsident ging dann auf die „Gedenkgeschichte“ des Februar 1934 ein, beginnend mit dem Jahr 1964, als der damalige Bundeskanzler Alfons Gorbach und Vizekanzler Bruno Pittermann gemeinsam Kränze an den Gräbern der Opfer des Bürgerkriegs niederlegten. „Damit begann erstmals auch die wissenschaftliche Aufarbeitung der Ereignisse“, führte Khol aus. Bis dorthin habe nämlich das Wort Friedrich Heers von der „Verdrängungsgemeinschaft Österreich“ gegolten. Erst 1966 sei an der Universität Wien das „Institut für Zeitge-



Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol (re.)
 Erster, und Dr. Heinz Fischer, Zweiter
 Nationalratspräsident

Foto: Bernhard J. Holzner / HOPI-Media

schichte“ gegründet worden. 1972 wurde die wissenschaftliche Kommission des „Theodor Körner-Stiftungsfonds“ und des „Leopold Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938“ gegründet.

„Das war die erste wissenschaftliche Brücke“, sagte Khol, auf der 1974 ein Symposium veranstaltet wurde, das wertvolle Fakten und Meinungen, aber keinen Konsens in der Beurteilung der Dinge brachte. Man habe damals das Scheitern der Kommission durch die Umfunktionierung in einen „Untersuchungsausschuß“ befürchtet, um „über die Vergangenheit zu Gericht zu sitzen“. 1984 habe es zahlreiche Veranstaltungen, aber keine gemeinsame Veranstaltung mehr gegeben. Danach habe sich der Brennpunkt des zeit-

geschichtlichen Interesses auf die Jahre der nationalsozialistischen Verbrecherherrschaft verschoben.

Wie sensibel das Thema Februar 1934 sei, sei ihm, Khol, so richtig bewußt geworden, als er die sehr unterschiedlichen Reaktionen auf die Präsentation eines Buches von Gottfried Karl Kindermann mit dem Titel „Österreich gegen Hitler“ überdachte.

Ursachenforschung, nicht Schuldigungsuche, sei heute die Aufgabe, sagte der Nationalratspräsident weiter. Wenige Ereignisse der Geschichte Österreichs seien heute so lebendig wie das Trauma des Jahres 1934. „Geprägt vom Bürgerkrieg, dem Putsch der Nationalsozialisten gegen den autoritären Ständestaat in Österreich, der mit dem Tod des damaligen Bundeskanzlers Dollfuß

Aus dem Inhalt

Europapolitik: Perspektiven für Österreich	7
Wifo-Wirtschaftsprognose für Österreich bis 2008	12
IV: Das Konjunkturbarometer steigt	13
»Striezelwerfen« in Stein	16
»Der Onkel aus Amerika«	18
Infineon aus Villach mit Weltneuheit	23
Coop Himmelb(I)au gewinnt EZB-Ausschreibung	25
Schiele/Jansson-Ausst.	28
»Lumpazivagabundus« in Kobersdorf	29
Heiraten, Verloben nach Zillertaler Art	32
Impressum	31

Innenpolitik

endete – die Erinnerung daran ist heute noch so lebendig, lebendiger als die so genannte Selbstausschaltung des Parlaments, also die gewaltsame Beendigung der Demokratie in Österreich durch die Regierung Dollfuß“, sagte Khol.

Khol erinnerte dann an den Regierungswechsel des Jahres 2000. Die Versuchung sei damals groß gewesen, die Analogie zur Zwischenkriegszeit zu ziehen, als zeitweise der so genannte Bürgerblock regierte. Manche seien dieser Versuchung erlegen, auch in Zwischenrufen im Parlament, sagte Khol. Damals habe letztlich die Vernunft gesiegt, was in der Umgestaltung einer Veranstaltung der Wiener Arbeitskammer sichtbar geworden sei.

Das Symposium diene nicht der Klärung der Schulfrage und der Schuldzuweisung, betonte Präsident Khol. „Wir wollen nicht erneuert die These von der geteilten Schuld vertiefen. Wir wollen auch nicht die Frage erneut aufwerfen, warum 1932 der Bürgerblock mit den Deutschnationalen zerbrach, die große Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten nicht zu Stande kam, warum Dollfuß die Heimwehr in seine Regierung aufnahm. Wir wollen auch nicht analysieren, wer angefangen hat – der, der zur Waffe gegriffen hat oder der, der die Demokratie durch eine autoritäre, aber demokratische Herrschaft ablöste. Die heiklen Fragen der Notwehr, des Widerstandsrechts, retrospektiv analysiert, führen uns nicht weit. Vor allem wird dadurch weder das Trauma beseitigt noch die Bitterkeit gemildert. Es ist meine feste Überzeugung: Die Frage der Schuld ist heute nicht mehr wirklich zu klären. Die Fakten stehen außer Streit – aber sind es alle? Die mangelnde Bereitschaft der Parteien zur Zusammenarbeit, angesichts der Bedrohung durch den Nationalsozialismus, der eklantete Verfassungsbruch, die Beseitigung der Demokratie, die Ausschaltung des Parlaments, das autoritäre Regime, der Griff zum Maschinengewehr, die Antwort der Kanonen, die Toten in allen Lagern, die Todesurteile, die Justifizierungen, die Justizmorde, der Haß auf beiden Seiten, die radikale Sprache – und das schon lange vor dem Bürgerkrieg, das Scheitern der Konsensuche in letzter Minute im Kampf gegen den Nationalsozialismus – das wissen wir, da wissen wir vieles. Aber welche Tat bedingte die nächste? Was wußte man von einander? Was waren die Motive? Warum funktionierte die Kommunikation so schlecht? Schuld bedingt immer Vorsatz oder Fahrlässigkeit. Wer kennt heute schon alle Vorsätze der letztlich Handelnden?“



»Reichspost – unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk« vom 13. Feber 1934 in einem Faksimile der Österreichischen Nationalbibliothek <http://anno.onb.ac.at>

Um die endgültige Klärung könne es – zumindest in seiner Analyse – nicht gehen, sagte Khol abschließend. Auch nicht darum, die Geschichte als Keule für den politischen Konkurrenten zu verwenden, Schuldige zu brandmarken, damit Politik hier und heute zu machen. Es gehe viel mehr um die Zukunft und um die Gegenwart: „Können wir aus dem Handeln unserer Väter- und Großvätergeneration, aus den Taten in den letzten Jahren der Zwischenkriegszeit lernen oder gilt der kulturpessimistische Satz von Ingeborg Bachmann: „Die Geschichte lehrt ununterbrochen, aber sie findet keine Schü-

ler?“

Das Symposium diene dem Lernen aus der Geschichte zur Gestaltung der Zukunft, betonte Präsident Khol. Diese Zukunftsarbeit solle unter dem Motto stehen „Niemals wieder!“ und „Immer miteinander reden!“. Jede neue Generation erarbeite sich ihre Geschichte, daher werde es keine „abschließende Fassung der Lehren der Geschichte“ geben. Der Zweck des Symposiums sei erfüllt, wenn es den Anstoß zu einer erneuerten wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit den Ursachen für das Scheitern der I. Republik und damit Entscheidungs-



Bei den Februarkämpfen 1934 getötete Soldaten © Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes Inventarnummer: 5897-6



Panzerwagen der Polizei nach dem Beschuß eines Gemeindebaus während der Februarkämpfe im Jahr 1934. © Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes Inventarnummer: 5897-6



Verhaftung von Schutzbundangehörigen während der Februarkämpfe in Wien 1934. © Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes Inventarnr: 6268-1

hilfe für die gemeinsame demokratische Zukunft gebe.

Dr. Heinz Fischer, Zweiter Nationalratspräsident, sah seine Rede beim Symposium über die Ereignisse des Februar 1934 als „lautes Nachdenken über etwas, was uns seit 70 Jahren beschäftigt“.

Fischer: Es muß Zonen der Gemeinsamkeit geben

Fischer machte einen Rückgriff in seine persönliche Geschichte: Am 16. Jänner 1964 habe er, als junger Klubsekretär, zum ersten Mal an einer Sitzung des SPÖ-Parteivorstands teilgenommen. Die Anwesenheitsliste lese sich wie ein „Who is who“ aus der Frühzeit der Arbeiterbewegung der II. Republik. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung sei die Frage gestanden, ob man zustimmen solle, daß die Parteivorsitzenden Pittermann und Gorbach an den Gräbern der Opfer am Zentralfriedhof gemeinsam Kränze niederlegen. Die Diskussion sei schwierig gewesen, es sei aber so beschlossen worden und es habe den berühmten Handschlag zwischen Gorbach und Pittermann gegeben, sagte Fischer, „und es war richtig, obwohl damit das Problem auch noch nicht gelöst war“. Es habe in weiterer Folge im Parlament immer wieder eine Rolle gespielt; man müsse bedenken, daß in der sozialdemokratischen Fraktion fast ein Dutzend Abgeordnete waren, die zwischen 1934 und 1938 im Gefängnis gesessen sind. „Das war ein ganz schwieriges Problem, und die Schmerzlichkeit des Aufarbeitens war groß“, sagte Präsident Fischer.

Auch ihn persönlich habe das sehr beschäftigt, sagte Fischer weiter. Er sei in Graz geboren, die Schwester seiner Mutter habe in einem Haus gewohnt, in dem die immer dunkel gekleidete Witwe von Koloman Wallisch gewohnt habe. Sein Studienkollege in Wien sei Georg Weissel gewesen, der Sohn des Schutzbundkommandanten der Feuerwehr in Floridsdorf.

„Wir haben alle unsere persönlichen Erinnerungen“, sagte Fischer weiter. Er glaube, daß die Aufarbeitung des Jahres 1934 und folgenden Jahre emotional schwieriger sei als die Aufarbeitung der Zeit 1938 bis 1945. Denn Sozialdemokraten und Christdemokraten könnten nämlich auf die Zeit 1938 bis 1945 gemeinsam als eine Zeit unfäßbaren Unrechts blicken und gemeinsam, ohne jeden Vorbehalt, alles ablehnen, was mit dem Nationalsozialismus zu tun habe. Der Blick auf die Jahre zwischen 1934 und 1938 sei viel schwieriger, weil die Standpunkte, die

Innenpolitik

Betroffenheiten unterschiedlich seien.

Er halte es daher für verdienstvoll, in einer ernststen und verantwortungsvollen Gesinnung sich mit diesen Fragen zu beschäftigen; dies heiße auch, die Dinge zu benennen. Dabei könne man auch mit eigenen Fehlern bzw. mit Argumenten der anderen Seite beginnen, sagte Fischer. Er sei sich bewußt, wie schwierig die Rahmenbedingungen in der I. Republik gewesen seien – mit der Hypothek eines verlorenen Weltkriegs und einer zerbrochenen Monarchie, ohne demokratische Erfahrung, ohne tragfähigen Parlamentarismus. Er bekenne sich dazu, daß es nicht richtig sei, alle Schuld einer Seite und keine Schuld der anderen Seite zuzuteilen. Aber die Formel von einer „in zwei gleich große Hälften geteilten Schuld“ sei zu simpel und zu flach.

„War das, was zwischen 1934 und 1938 passiert ist, einzureihen unter eine verdienstvolle Abwehr gegen den Nationalsozialismus?“ fragte Fischer. Oder sei die Möglichkeit auf einen einigermaßen aussichtsreichen Widerstand reduziert gewesen? Habe es – wenn man die Ministerratsprotokolle nachlese – aus der Sicht der damaligen Regierung nicht zwei Feinde gegeben – Nationalsozialisten und Sozialdemokraten –, und es schwierig zu erkennen war, ob der eine oder der andere als der gefährlichere Feind gesehen wurde?

Auch Fischer kam, wie Khol zuvor, auf das Bachmann-Zitat von der immer lehrenden Geschichte ohne Schüler zu sprechen. Er sei nicht so pessimistisch, sagte er. Er glaube, daß die Entwicklung der II. Republik nur als Lehre aus der I. Republik verstanden und erklärt werden könne. „Die Koalition nach 1945 und das Herangehen an das Thema Zusammenarbeit hätte es in dieser Form nicht gegeben, wenn es nicht als Antithese zu dem mörderischen Konflikt der I. Republik verstanden worden wäre.“ Er glaube daher, daß man doch aus der Geschichte lerne, weil die Geschichte das Denken der Menschen beeinflusst und weil man manche Fakten der Geschichte nicht einfach beiseite schieben könne. Die Relevanz des Februar 1934 – und schon des März 1933, und auch schon des Brandes des Justizpalastes – unterstreiche, daß es relevant für die Entwicklung der II. Republik gewesen sei.

Es gebe Lehren, die man auch ohne „gros-sen Konsens in den Geschichtsbüchern“ ziehen könne, sagte Fischer und nannte drei dieser Lehren: Es werde immer ein Spannungsverhältnis zwischen Konsensdemokratie und Konfliktdemokratie geben, wobei die Konsensdemokratie nie konfliktfrei sein werde

und die Konfliktdemokratie immer auch Elemente des Konsenses umfasse. „Aber mit einer Verschiebung in Richtung Konfliktdemokratie soll man vorsichtig umgehen“, betonte Fischer, „und man soll wissen, daß man diese Entwicklung nicht wie einen Wasserhahn auf- oder abdrehen kann.“

Er glaube, eine „absolute Spielregelverläßlichkeit“ sei sehr wichtig, sagte Fischer weiter. Es sei schlimm gewesen, wie man in der I. Republik mit der Verfassung umgegangen sei und wie der Übergang von der Kelsen-Verfassung zur Verfassung des 1. Mai 1934 vonstattengegangen sei. Es gehe aber nicht nur um die großen Linien der Verfassung, sondern auch um den Umgang mit Spielregeln im kleinen Bereich; Verletzungen in diesem Bereich wirkten erstaunlich tief.

Man müsse wissen, daß Politik ohne Konflikt nicht existieren kann. „Politik ist identisch und braucht die Auseinandersetzung. Aber es muß Zonen der Gemeinsamkeit geben. Und es ist wertvoll und wichtig, diese Zonen der Gemeinsamkeit zu verteidigen und wenn's geht zu vergrößern.“

Mit den Ereignissen setzten sich – unter anderem – auch die beiden Universitäts-Professoren Dr. Helmut Konrad und Dr. Dieter A. Binder auseinander. Beide sind anerkannte Experten auf dem Gebiet der Zeitgeschichte.

Konrad: Kein Bürgerkrieg um die Macht im Staat

Dr. Helmut Konrad machte in seinem Referat darauf aufmerksam, daß Orte und Abläufe des Geschehens im Februar 1934 weitgehend außer Streit stünden, es aber deutliche Differenzen in den Sichtweisen auf Ursachen und Auswirkungen der Ereignisse gebe. Er mahnte Historikerinnen und Historiker, mit dem Begriff der „Schuld“ behutsam umzugehen und in Analysen Rahmenbedingungen, direkte oder indirekte Kausalitäten, Auslöser, Abläufe und Folgen in den Vordergrund zu rücken.

Für Konrad selbst hat der 12. Februar 1934 eine lange Vorgeschichte. Er könne ohne Betrachtung der Ereignisse von 1918/19 und ohne den Brand des Justizpalastes 1927 nicht verstanden werden, unterstrich er, und brauche die Einbettung in die europäische Geschichte der Zwischenkriegszeit.

Aus „der Fülle möglicher Erklärungszusammenhänge“ griff Konrad die Radikalisierung der politischen Lager heraus und erinnerte daran, daß neben Heer und Exekutive bis zu 180.000 Personen in Wehrverbänden

der politischen Lager organisiert gewesen waren. Er gab allerdings zu bedenken, daß es in Österreich – im Gegensatz zu Deutschland – gelungen sei, die radikalen Kräfte der politischen Linken zu „domestizieren“. Die Sozialdemokratie sei, erklärte Konrad, vor allem durch „Verbalradikalismus“ hervorgetreten, für ihre Gegner jedoch generell berechenbar geblieben. „Die Führer der Partei waren Schafe im Wolfspelz“, das hätten auch die politischen Gegner durchschaut.

Das bürgerliche Lager habe hingegen, so Konrad, kein elaboriertes System des verbalen Radikalismus gehabt, „man setzte auf die Tat“. In diesem Zusammenhang nannte er exemplarisch den Schießbefehl am 15. Juli 1927, den Pfrimer-Putsch vom September 1931, die Ausschaltung des Parlaments am 4. März 1933 und die Verhinderung des neuerlichen Zusammentritts des Hohen Hauses, die Lahmlegung des Verfassungsgerichts und die Einführung der Todesstrafe.

Der 12. Februar 1934 dokumentiert für Konrad einen Verzweiflungsakt der Linzer Sozialdemokratie. Die Kämpfe seien von Beginn an kein Bürgerkrieg um die Macht im Staat gewesen, meinte er. Die Möglichkeit eines Sieges der Linken habe selbst in den Köpfen der aktivsten Kämpfer nicht bestanden. Es sei um Stolz und Selbstachtung, nicht aber um eine politische Machtübernahme gegangen, für die schließlich auch keine Konzepte vorgelegen seien. Konrad verwies zudem darauf, daß die sozialdemokratische Parteiführung die Ereignisse des 12. Februar noch bis zuletzt mit allen Mitteln zu verhindern versucht habe.

Eine der politischen Konsequenzen des Februar 1934 war es Konrad zufolge, daß sich viele Sozialdemokraten, von der zu defensiven Haltung ihrer Partei enttäuscht, den Kommunisten zugewandt haben, aber auch den Nationalsozialisten, in denen etliche die konsequentesten Gegner des autoritären Ständestaates erblickten.

Skeptisch äußerte sich der Zeithistoriker zu Bestrebungen, den österreichischen Bürgerkrieg unter dem Aspekt des Abwehrkampfes gegen den Nationalsozialismus zu lesen und die Ereignisse des Februar 1934 der Ermordung Dollfuß' durch die Nationalsozialisten im Juli 1934 gegenüberzustellen. Die Wissenschaft werde keinen kausalen Zusammenhang zwischen den Ereignissen vom Februar und vom Juli feststellen, bekräftigte er. Sie könne in der Zerschlagung und Kriminalisierung der Arbeiterbewegung keinen Gewinn an Handlungsspielräumen gegenüber dem Deutschen Reich oder den Nationalso-



Kampfhandlungen vor der Donaubrücke in Wien im Februar 1934. © Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes Inventarnummer: 5905-10

zialisten im Land erkennen. Eher das Gegenteil sei der Fall. In den Februarereignissen den „Selbstmord der österreichischen Unabhängigkeit“ zu erblicken, wie dies Stefan Zweig in der „Welt von Gestern“ getan habe, sei wohl, so Konrad, „nicht nur der impressionistische Eindruck des sensiblen Künstlers“.

Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder stellte in seinem Referat vor allem den Kampf Dollfuß' gegen die Nationalsozialisten in den Vordergrund und beleuchtete das Vorgehen gegen die Sozialdemokraten aus diesem Blickwinkel.

Binder: »Schleichender Staatsstreich«

Seiner Meinung nach hätte Dollfuß durchaus die Möglichkeit gehabt, innerhalb der Verfassung gegen die NSDAP vorzugehen, deren Programmatik und Aktionismus ohne weiteres ein striktes Verbot gerechtfertigt hätten. Statt dessen habe Dollfuß aber, so Binder, auf eine „Verfassungsreform“ gesetzt. Der „Selbstausschaltung des Parlaments“ sei ein „schleichender Staatsstreich“ gefolgt, parallel dazu habe Dollfuß versucht, die Position der Regierung durch einseitige „Abrüstung“ des Schutzbundes zu stärken.

Zielten jedoch die Maßnahmen der Regierung gegen die Nationalsozialisten, wie Binder erklärte, auf eine offene Zerschlagung des Apparats ab, seien die Maßnahmen gegenüber der Sozialdemokratie zunächst differenzierter gewesen. Auch die sozialdemokratische Parteiführung habe bis zuletzt der Versicherung von Dollfuß geglaubt, wonach es die Nationalsozialisten seien, die er am meisten fürchte, und wonach die Unter-

drückung der Sozialisten eine kurzzeitige Notwendigkeit sei, skizzierte der Historiker und wies in diesem Zusammenhang auf die bis zum Schluß anhaltende Gesprächsbereitschaft sozialdemokratischer Spitzenfunktionäre hin. Man habe der Regierung die Unterstützung im Kampf gegen die Nationalsozialisten angeboten und bei allen Zugeständnissen gehofft, den Erhalt der Partei und die Koalitionsfreiheit zu retten.

Zahlreiche Anhänger der Sozialdemokraten hätten allerdings mit dem fehlenden Aktivismus des Parteivorstandes nichts anfangen können, betonte Binder, und sich in Folge teilweise nach links und teilweise nach rechts gewandt.

Die Geschehnisse des Februar 1934 sind laut Binder vor dem Hintergrund einer immer radikaler auftretenden Heimwehr, eines zunehmenden italienischen Drucks hinsichtlich der Ausschaltung der Sozialdemokratie und vor dem Hintergrund einer Regierungsspitze zu sehen, die die Gespräche mit den sozialdemokratischen Funktionären „weitgehend dilatorisch“ behandelt und gleichzeitig durch landesweite Waffensuche die Reste des Schutzbundes demoralisiert habe. Gleichzeitig habe sich der Organisationsgrad der SDAP zuletzt rapide verschlechtert. Die Schutzbündler, die am 12. Februar 1934 kämpften, hätten, so Binder, kein klares politisches Ziel gehabt.

Binder kommt allerdings zum Schluß, daß die Sieger des Februar 1934 letztendlich die Nationalsozialisten gewesen seien, die sich im Kampf abseits gehalten hatten und nun vielfach von der Niederlage der Sozialdemokraten profitieren konnten.

Strikt wandte sich Binder in seinem Re-

ferat dagegen, verfolgte Sozialdemokraten und illegale Nationalsozialisten auf eine Stufe zu stellen und durch eine „Dämonisierung“ des „Austrofaschismus“ den Nationalsozialismus zu verharmlosen. Überdies gilt es seiner Meinung nach zu verhindern, „daß man durch vordergründige Traditionslinien die Ereignisse des Februar 1934 trotz der radikal veränderten politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Realität tagespolitisch instrumentalisiert“.

Abgeschlossen wurde das Symposium mit kurzen Statements des Ersten und des Zweiten Nationalratspräsidenten. Heinz Fischer meinte, die Anwesenden seien Zeugen eines Experiments gewesen, nämlich des Versuchs, über eine „schwierige und schmerzvolle“ Phase der jüngeren Geschichte Österreichs offen zu sprechen und einander zuzuhören. Dies sei „im Wesentlichen“ gelungen, skizzierte er, obwohl es wahrscheinlich schwieriger sei als ein Handschlag.

Er wolle, wie mit Nationalratspräsident Khol vereinbart, nicht auf die einzelnen Referate eingehen, sagte Fischer, bei einem Punkt sei er aber „elektrisiert“ gewesen, nämlich beim Aufwerfen der Frage, ob die Beibehaltung des demokratischen Systems nicht zu einem Sieg der Nationalsozialisten auf demokratischem Weg hätte führen können. Fischer gab zu bedenken, daß autoritäre Systeme nachgewiesener Maßen ihre moralische Rechtfertigung stets daraus zu gewinnen versuchten, daß sie mit der „Erpressung der einzigen Alternative“ arbeiteten. „Sehr einverstanden“ zeigte er sich hingegen mit dem Wort „Historisierung“, gab aber gleichzeitig seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Historiker in ihre Betrachtungen, „gerade wenn das Erdreich aufgelockert ist“, verstärkt auch menschliche Komponenten einbeziehen werden.

Nationalratspräsident Andreas Khol hielt fest, in seiner langen politischen Erfahrung habe er noch nicht erlebt, daß man ein Thema von so verschiedenen Gesichtspunkten aus behandelt habe, auch was die Zusammensetzung des Publikums betrifft. Die Referate haben seiner Meinung nach dem Ziel, der Historisierung der Ereignisse, sehr gedient. Weiterführend sei die Ursachenforschung und das „Niemals wieder“ und das „Miteinander unter allen Umständen reden“, unterstrich Khol, es gehe um das Einordnen in größere Zusammenhänge und das Analysieren aus einem Standpunkt heraus, der nicht die eigene Betroffenheit sei. ■

Quelle: Österreichisches Parlament
<http://www.parlinkom.gv.at>

Auch politischer Glanz vergilbt rasch

Die junge Generation besitzt nur noch magere Kenntnisse über die Spitzenpolitiker der früheren Nachkriegszeit – Bereits ab Waldheim beginnt die Erinnerung deutlich zu bröckeln – Eine »IMAS« Umfrage über die Einschätzung österreichischer Bundespräsidenten und Kanzler

Die Nachwelt flieht dem Mimen bekanntlich keine Kränze. Allerdings: Auch die Polit-Prominenz ist von raschem Vergessen bedroht. Das geht aus den Ergebnissen einer aktuellen IMAS-Umfrage hervor, bei der das Institut den Stellenwert der österreichischen Nachkriegspräsidenten und -kanzler im öffentlichen Bewußtsein überprüft hat. Demnach werden nur Thomas Klestil, Kurt Waldheim und Rudolf Kirchschläger in wirklich großer Zahl (von jeweils rund drei Viertel der Bevölkerung) zutreffend als Bundespräsidenten eingestuft. Franz Jonas wird bestenfalls noch von jedem zweiten Österreicher als ehemaliges Staatsoberhaupt erinnert, Karl Renner nur mehr von etwa zwei Fünftel der Erwachsenen. Bei Adolf Schärp und Theodor Körner erstreckt sich die Funktionskenntnis sogar nur auf ein gutes Drittel der Bevölkerung. Zur generell blaß gewordenen Erinnerung gesellen sich zum Teil recht erhebliche Fehlvorstellungen über den Aufgabenbereich von Persönlichkeiten, die vor einigen Jahrzehnten noch im Blickpunkt des Geschehens standen. Immerhin elf Prozent der heutigen Österreicher glauben, auch der trinkfeste Staatsvertragsverhandler Leopold Figl sei Bundespräsident gewesen; zehn Prozent nehmen das überdies von Julius Raab und acht Prozent von Bruno Kreisky an. Die Kenntnis von den Staatsoberhäuptern weist erwartungsgemäß einen engen Zusammenhang mit Alter und Bildung auf. Den Umfragebefunden ist zu entnehmen, daß in der Generation unter 30 bereits bei Kurt Waldheim die Erinnerung abzubröckeln beginnt. Sehr weit entrückt sind dieser Altersgruppe inzwischen Renner, Jonas, Schärp und Körner.

In weiterer Folge wollte das IMAS wissen, wer von den vorgegebenen Politikern (zu denen auch die Präsidentschaftskandidaten Fischer und Ferrero-Waldner hinzuge-reicht wurden) gefühlsmäßig als eine besonders bedeutende und verdienstvolle Persönlichkeit betrachtet wird. Daraufhin verwiesen 42 Prozent der Befragten auf Kreisky, 37 Prozent auf Kirchschläger und 36 Prozent auf Figl. Diese drei Politiker genießen bei den Österreichern somit die mit Abstand größte geschichtliche Wertschätzung. Auf

Frage: „Hier stehen die Namen von österreichischen Politikern aus Gegenwart und Vergangenheit. Welche davon sind Ihnen bekannt, ich meine, von welchen haben Sie schon gehört oder gelesen? Bitte nennen Sie einfach die entsprechende Nummer.“
(Vorlage einer Liste mit Politikernamen)

Nachfrage: „Wissen Sie zufällig, wer von diesen Politikern österreichischer Bundespräsident gewesen ist?“

Nachfrage: „Welche dieser Politiker betrachten Sie rein gefühlsmäßig als besonders bedeutende und verdienstvolle Persönlichkeiten?“

	Dieser Politiker		
	ist bekannt	war Bundespräsident	ist bedeutend
	%	%	%
Wolfgang SCHÜSSEL	98	2	9
Thomas KLESTIL	97	76	11
Benita FERRERO-WALDNER	92	1	9
Bruno KREISKY	90	8	42
Kurt WALDHEIM	89	75	19
Franz VRANITZKY	88	3	8
Heinz FISCHER	87	2	8
Viktor KLIMA	87	2	4
Rudolf KIRCHSCHLÄGER	86	75	37
Fred SINOWATZ	78	2	5
Leopold FIGL	74	11	36
Karl RENNER	73	43	21
Alfons GORBACH	69	1	4
Julius RAAB	69	10	23
Theodor KÖRNER	68	35	16
Franz JONAS	68	48	14
Adolf SCHÄRF	65	36	15
Josef KLAUS	58	3	7

den weiteren Plätzen folgen – von jeweils rund einem Fünftel der Bevölkerung genannt – Julius Raab, Karl Renner und Kurt Waldheim. Noch um eine Spur geringer ist das historische Gewicht von Körner, Schärp und Jonas. Die einstweilen niedersten Ränge in der historischen Betrachtung der Österreicher nehmen (mit zwei Ausnahmen) Persönlichkeiten ein, die entweder jetzt an den Schaltstellen der politischen Macht stehen, oder in einer zumindest noch nicht allzu lang zurückliegenden Vergangenheit hohe Ämter bekleideten. Es sind dies Klestil, Ferrero-Waldner und Schüssel, gefolgt von Vranitzky, Fischer, Klaus, Sinowatz, Klima sowie dem seinerzeitigen ÖVP-Kanzler Alfons Gorbach. Die Bewertung der Politiker weist

innerhalb der diversen Bevölkerungsgruppen recht ähnliche Tendenzen auf. Die Angehörigen der höchsten Bildungsschicht (Maturanten und Akademiker) setzen jedoch einige von der Bevölkerungsmehrheit abweichende Akzente. Bei ihnen richtet sich die Bewunderung nicht so sehr auf Bruno Kreisky als vielmehr auf Leopold Figl, der (als Außenminister) 1955 mit heiserer Stimme sein „Österreich ist frei!“ vom Balkon des Belvedere rief.

Zeitraum der Umfrage: 22. Jänner – 13. Februar 2004; *Sample:* 1071 Personen, statistisch repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren; *face to face;* *Quotaauswahl;* *Zahl der Interviewer:* 106 ■

Perspektiven für Österreich

Brigadier Wolfgang Wosolsobe, Leiter der militärpolitischen Abteilung im Bundesministerium für Landesverteidigung, sprach im Europa Club Wien über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Von Botschafter i.R. Dr. Wolfgang Wolte.

Zu dem Europa Club Wien am 2. Februar dieses Jahres konnte der Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, Dr. Gerhard H. Bauer, ein zahlreich erschienenen Publikum begrüßen. Das große Interesse an dieser Veranstaltung erklärte sich sowohl vom Thema her – „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Perspektiven für Österreich“ – wie auch angesichts des Vortragenden, Brigadier Wolfgang Wosolsobe, Leiter der militärpolitischen Abteilung im Bundesministerium für Landesverteidigung.

In seiner Einleitung und Vorstellung des Referenten erinnerte Dr. Bauer auch an die verschiedenen Aktivitäten der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik auf dem zur Debatte stehenden Gebiet. Brigadier Wosolsobe erklärte zu Beginn seiner sehr klaren und umfassenden Präsentation, daß der Zeitpunkt für diese Veranstaltung des Europa Club Wien sich als sehr günstig herausstelle:

- Das vorläufige Scheitern an dem Entwurf für eine Europäische Verfassung werde die sich immer stärker abzeichnende Bewegung auf dem Gebiet der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) nicht stoppen.
- Die österreichische Verteidigungspolitik steht vor einem Wendepunkt, daher auch die Bedeutung der Arbeiten der Bundesheer- Reformkommission.
- In der EU wird es im Laufe der kommenden Zeit vom politischen Willen der Mitgliedstaaten abhängen, inwieweit eine gemeinsame Sicherheitspolitik gestaltet werden kann.
- Diese Diskussion wird auch die innerösterreichische Debatte um die Zukunft der eigenen Sicherheits- und Verteidigungspolitik stimulieren. Die Ergebnisse der Bundesheer-Reformkommission stehen dabei im Vordergrund, wobei es, wie Brigadier Wosolsobe betonte, auf die ehest

mögliche Umsetzung der zu erarbeitenden Empfehlungen ankommen werde.

- Jedenfalls steht Österreich vor großen Herausforderungen, sowohl an die nationale Verteidigungspolitik wie auch an das Bundesheer.



Dr. Gerhard H. Bauer (li.) und Brigadier Wolfgang Wosolsobe

Foto: Wulz

Gegen diesen Hintergrund ist daran zu erinnern, daß die ESVP nur ein Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – GASP – ist, wobei die ESVP einen starken militärischen Anteil aufweise.

Die wesentlichen Ziele der ESVP lassen sich, aus der Sicht des Vortragenden, wie folgt zusammenfassen:

- Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU
- Konfliktprävention
- Krisenbewältigung und Management von Krisen mit zivilen und militärischen Mitteln
- Stärkung der transatlantischen Partnerschaft
- als besonderes Anliegen der EU: Einbindung in die internationalen Organisationen, insbesondere die Vereinten Nationen.

- Aus all diesen Elementen resultierend: Eine laufende Vertiefung der politischen Integration.

Der EU geht es daher darum, sowohl ihre Fähigkeit zu aktiver Mitwirkung am internationalen Krisenmanagement als auch ihre Rolle als politischer Akteur auf der Weltbühne zu erhöhen.

Diese Bemühungen müssen freilich im Lichte der überlappenden Mitgliedschaften und konzentrischen Kreise, die sich auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik in Europa gebildet haben, gesehen werden.

Für Österreich wird die Verbindung zwischen GASP und ESVP im Artikel 23f der Bundesverfassung erfaßt, in dem das gesamte Spektrum der Petersberg-Aufgaben, auch für das Bundesheer, abgedeckt ist. Grundlage ist das „Headline-Goal“ für 2003, bei dessen schrittweisen Verwirklichung Fortschritte erzielt worden sind. Hierbei ist vor allem in Rechnung zu stellen, daß sich das gesamte Umfeld dramatisch verändert hat und daher eine grundlegende Neuausrichtung unerlässlich geworden ist.

Das internationale Krisenmanagement umfaßt alle Politikfelder der Außenpolitik, die durch die Verfügbarkeit geeigneter militärischer Mittel eine glaubwürdige Rolle zu spielen in der Lage ist. Immer wieder geht es um das Zusammenspiel der Außenpolitik mit militärischen Mitteln für ein effektives Krisenmanagement. Dies gilt sowohl für die EU-Ebene wie auch für jene der Mitgliedstaaten. Für das Bundesheer bedeutet diese Entwicklung in Richtung einer gemeinsamen Verteidigung, daß keine Entscheidungen getroffen werden sollen, die die Mitwirkung an diesen künftigen Entwicklungen beeinträchtigen könnten sowie die Fähigkeit zu einer relevanten und solidarischen Beteiligung an dem gesamten Spektrum internationaler Aufgaben, neben jener, die sich für das Bundesheer auch im Inland ergeben. Die Perspektiven für eine gemein-

Europapolitik

same Verteidigung bilden einen Teil der europäischen Verträge. Dies muß auch für die Erarbeitung einer österreichischen Verteidigungspolitik berücksichtigt werden. Die EU hat sich, beruhend auf der Zweiten Säule (Zusammenarbeit und einstimmige Beschlüsse auf der Ebene der Regierungen der Mitgliedstaaten) entsprechende Strukturen gegeben: Rat, Politisches und Sicherheitskomitee, Militärkomitee usw. Österreich hat eine militärische Vertretung in Brüssel. Aufgabe dieser Gremien ist die Beratung und Herbeiführung politischer Entscheidungen und die Vorbereitung von Aktionen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, besteht ein enger Dialog unter und mit den Mitgliedstaaten. Im Rahmen der eben geschilderten Strukturen wurde auch bereits ein Katalog von einsatzbereiten Kräften entwickelt: 60.000 Mann, 400 Flugzeuge, 100 Schiffe sowie, ganz allgemein, der Aufbau einer militärischen und zivilen Kapazität. Die exakte Planungsgröße hängt freilich vom Umfang einer bestimmten Operation bzw. dem Ergebnis des ständigen Dialogs mit den Mitgliedstaaten ab. All dies bringt eine ständige Analyse des „Headline Goals“ mit sich, in Verbindung mit der NATO, auf die im gegebenen Fall zurückgegriffen werden kann. Im Zuge des Aufbaus eigener Kapazitäten ist die Errichtung der Europäischen Verteidigungsagentur zu nennen, ebenso die Entwicklung der Beziehungen zwischen EU und NATO und die Ausrichtung einer eigenen Strategie, die mit der am 10. Dezember 2003 in Brüssel verabschiedeten Europäischen Sicherheitsstrategie einen entscheidenden Schritt nach vorne getan hat. Die Zielsetzungen all dieser Bemühungen sind klar: Reaktion auf Bedrohungen in den Nachbarregionen und erhöhte Sicherheit, aber auch die Betonung globaler Aspekte, und, damit im Zusammenhang, Hervorhebung des Multilateralismus. Dies wiederum bedingt eine Erweiterung der Petersberg-Aufgaben und die ständige Arbeit an und Weiterführung der Sicherheitsstrategie. Der irische Vorsitz bemüht sich um die vorrangige Umsetzung der Politik in vier Bereichen:

- umfassende Politik, insbesondere in Bosnien und im westlichen Balkan
- Kampf gegen den Terrorismus
- effektive multilaterale Politik, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen
- Entwicklung einer Strategie für den Nahen Osten

Auf militärischer Ebene werden die möglichen Szenarien, einschließlich der Helsinki-„Headline Goals“ 2003, überarbeitet. Denn



Die österreichische Verteidigungspolitik steht vor einem Wendepunkt

Foto: <http://www.bilderbox.com>

neue Aufgaben erfordern neue Maßnahmen:

- Konzeption neuer Petersberg-Aufgaben
- Konfliktverhütung
- Terrorbekämpfung
- Definition neuer Ziele der EU und Ausrichtung auf ein „Headline Goal“ 2010, unter Berücksichtigung der bisher gemachten Erfahrungen, insbesondere der militärischen EU-Operationen in Mazedonien und im Kongo im Jahr 2003

Die neuen „Headline Goals“ stellen auch Österreich vor neue Herausforderungen:

- rasche Verfügbarkeit (15 Tage) von einsatzbereiten Kontingenten

- hohe Verfügbarkeit dieser Kräfte für die Vereinten Nationen. Jeweils eine Kampfgruppe soll für die Vereinten Nationen jederzeit zur Verfügung stehen.

- Verzahnung zwischen EU / ESVP / Vereinte Nationen.

Es verdient festgehalten zu werden, daß der Entwurf der Europäischen Verfassung alle diese Elemente betreffend GASP und ESVP enthält. Die ESVP-Strategie vom 10. Dezember 2003 beruht auf einem Konsens, der auch eine Beistandsgarantie enthält, die übrigens nie in Frage gestellt wurde. So besteht gute Aussicht, daß die Arbeit an der Verfassung, einschließlich der verteidigungspolitischen Aspekte, erfolgreich abgeschlossen werden kann. Selbst ein Scheitern des Verfassungsvertrages würde keine Absage an die ESVP bedeuten.

Wir befinden uns in einer konstruktiven Entwicklung. Auch Österreich gibt der strukturierten Zusammenarbeit eindeutig vor dem Konzept eines Kerneuropas den Vorrang. Die strukturierte Zusammenarbeit wird ja auch im Verfassungsvertrag angesprochen. In diesem Zusammenhang beschreibt Brigadier Wosolobe die Bedeutung der „Solidaritätsklausel“: Sie enthält eine Verpflichtung der EU gegenüber den Mitgliedstaaten, Rückgriff auf deren militärische Kapazitäten und Hilfestellung für die Mitgliedstaaten im Falle von Terror und Naturkatastrophen. Bei der „Beistandsklausel“ besteht die Verpflichtung zur Hilfeleistung im Falle eines bewaffneten Angriffs auf einen Mitgliedsstaat. Der genaue Umfang und die Natur der Beistandsleistung ist dem einzelnen Mitgliedsstaat überlassen. Auslöser der Beistandspflicht ist „armed aggression“ – ein Begriff, der in der EU weiter gefaßt ist und in dessen Zusammenhang das breite Spektrum von Maßnahmen, einschließlich militärischer Mittel, erwähnt wird. Damit ist die Beistandsverpflichtung auch aus österreichischer Sicht akzeptabel. Bei der „strukturierten Zusammenarbeit“ geht es um eine möglichst rasche Reaktion einer bestimmten Staaten-Gruppe, die „vorausseilt“, während andere Staaten nachziehen können. Diese ursprüngliche Formulierung war für Österreich nicht akzeptabel. Daher umfaßt die „strukturierte Zusammenarbeit“ Kriterien und den Grundsatz, daß Staaten auch in einem späteren Zeitpunkt der vorausseilenden Gruppe beitreten können. Das Instrumentarium ist damit flexibler geworden. Parallel mit diesen Entwicklungen ist die Errichtung der Europäischen Verteidigungsagentur zu sehen, die Beschaffung von Militärgütern, Aufbau mili-

tärischer Kapazitäten, Forschung und Entwicklung und auch industrielle Aspekte (Rüstungsmarkt) umfaßt, um nicht in wesentlichen Bereichen vom Ausland abhängig zu sein. Von besonderer Bedeutung ist die beabsichtigte Errichtung einer Planungszelle für langfristige strategische Fragen. Dabei soll auch EU- und NATO-Personal gegenseitig in den Partnerorganisationen vertreten sein. In den Beziehungen zwischen EU und NATO sind Stabszellen tätig, die vertrauensbildend wirken sollen und die enge Verschränkung von NATO und ESVP verwirklichen helfen.

Für Österreich bedeutet diese Entwicklung die Möglichkeit einer immer engeren Mitarbeit auf dem Gebiete der Verteidigungsplanung und die maximale Nutzung der Partnerschaft für den Frieden. Damit verbunden ist die Forderung nach Vielseitigkeit zur Bewältigung der oft sehr komplexen Aufgaben, Schnelligkeit und Flexibilität des Einsatzes, Sicherung auch der erforderlichen Durchhaltedauer. Hierzu gehören gemeinsame Übungen in internationalem Rahmen, ausreichende Ausrüstung, Schutz der eigenen Kräfte, Vorhersehbarkeit der finanziellen Ausstattung. Abschließend unterstrich Brigadier Wosolsobe die Notwendigkeit rascherer nationaler Entscheidungsprozesse, selbstverständlich unter entsprechender politischer Kontrolle. Das Positionspapier der Bundesheer-Reformkommission vom 27. November 2003 ist hier als wichtige Grundlage zu nennen. Europäische Sicherheit ist auch österreichische Sicherheit. Im Rahmen der anschließenden Diskussion wurden einige der von Brigadier Wosolsobe aufgeworfenen Fragen vertieft, einschließlich etwa entsprechender Differenzierungen bei der Beobachtung der Entwicklung in den verschiedenen, dem „westlichen Balkan“ zuzuordnenden Staaten. Der Referent sieht den Begriff „westlicher Balkan“ rein geographisch determiniert. Erfreulich war das optimistische Bild, das die Ausführungen Brigadier Wosolsobes allgemein und interessant charakterisierte. Das bezieht sich auf die erhoffte Verbesserung der Beziehungen zwischen der EU und den USA, wobei genügend Annäherungspotential besteht.

Generalsekretär Dr. Bauer konnte dem Vortragenden für seine wichtigen und treffenden Aussagen ebenso danken wie für seine Antworten auf die Fragen aus dem Publikum. Der herzliche und lang anhaltende Applaus bekräftigte den nachhaltigen Erfolg der Veranstaltung. ■

<http://www.euro-info.net>

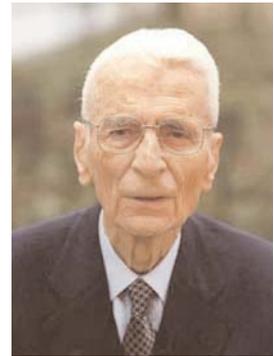
Ferrero-Waldner gratuliert Silvius Magnago zum 90. Geburtstag

Gesundheit, Zufriedenheit und Gottes Segen wünscht Außenministerin Dr. Benita Ferrero-Waldner dem Südtiroler Alt-Landeshauptmann Dr. Silvius Magnago zu seinem Geburtstag. Der Vater des Südtiroler Autonomiepaketes wurde am 5. Februar 90 Jahre alt: „Wenn heute in Südtirol Wohlstand, sozialer und politischer Friede herrschen, wenn Südtirol von vielen bedrängten Minderheiten Europas um seine Autonomieregelung beneidet wird, so ist das insbesondere auch auf Ihr Lebenswerk zurückzuführen“, so Ferrero-Waldner.

Die Außenministerin würdigte den unermüdlichen und zähen Einsatz Magnagos für seine Heimat, der zur Überwindung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Diskriminierung der deutschsprachigen und ladinischen Bevölkerung in den Nachkriegsjahren beitrug. Ferrero-Waldner betonte darüber hinaus auch den Friedenswillen des Alt-Landeshauptmannes und seiner italienischen Gesprächspartner, der trotz zahlreicher Rückschläge schließlich zur Beendigung des Konflikts und zur Südtiroler Autonomie führte.

Seinem politischen Weitblick und seiner historischen Größe sei es zu verdanken, daß die Mehrheit der SVP-Delegierten 1969 der

Paketlösung zustimmte. Dieser Weitblick wurde 1992 eindrucksvoll bestätigt, als sich eine überwältigende Mehrheit auf der Landesversammlung der SVP für die Abgabe der Streitbeilegungserklärung aussprach.



Südtirols Alt-Landeshauptmann Dr. Silvius Magnago feierte seinen 90. Geburtstag
Foto: LPA Bozen

Die Außenministerin unterstrich auch die Bedeutung der von Magnago mitgestalteten Autonomieregelung für den Fortbestand der deutschsprachigen und ladinischen Volksgruppen: „Sie haben damit Südtirol seine geschichtlich gewachsene Identität erhalten und gesichert.“ ■

Einem: Forderung nach Europäischer Wirtschaftspolitik

Einem, Vizepräsident der Europäischen Kommission für Wirtschaft, wie ihn die drei Staats- und Regierungschefs von Frankreich, Deutschland und des Vereinigten Königreichs vorgeschlagen haben, löst das Problem noch nicht“ stellte der Europasprecher der SPÖ, Caspar Einem, fest. „Was fehlt, ist eine wirklich gemeinsame Wirtschaftspolitik und ein Vorschlagsrecht der Kommission. Da haben sich die hohen Herrn mit einem halben Schritt begnügt“, so Einem. Wenn der so genannte Lissabon-Prozeß, der Europa in Sachen Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Wirtschaftswachstum an die Spitze der Welt führen soll, ernstlich vorangetrieben werden sollte – wofür man nur rückhaltlos eintreten könne – dann brauche es mehr, als die weitgehend unverbindliche freiwillige Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der EU. „Die

EU braucht längst eine Wirtschaftspolitik, nicht fünfzehn. Sie braucht eine wirtschaftspolitische Absicherung des Euro und klare Impulse für Wirtschaftswachstum. Das bloße Hoffen auf die Wirtschaft der USA reicht zur Ankurbelung der europäischen Wirtschaft nicht aus. Und ein weiterer Vizepräsident der Kommission – neben dem vorgeschlagenen Vizepräsidenten für Außenpolitik – bringt auch noch keinen Frühling.“ Die SPÖ fordere daher die Regierung auf, den Vorschlag der drei Staats- bzw. Regierungschefs aufzugreifen und Vorschläge zu erstatten, die weiter gehen und einen wirklichen Schritt in eine Richtung bedeuten, die wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit der EU schafft „und nicht nur einen Schuldigen für das Versagen der Nationalstaaten in der Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitiken.“ ■

Bundeskanzler Schüssel: Österreich für Deckelung des EU-Budgets auf 1 Prozent des BNP

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel berichtete Mitte Februar über die österreichische Position zum Vorschlag der Europäischen Kommission für die Finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013. „In den Zielen ist dieser Vorschlag hundertprozentig zu unterstützen“, so Schüssel und lobte den Ansatz, künftig EU-Mittel verstärkt für die Zielsetzungen der Lissabonner Strategie einzusetzen. „Es ist klug, mehr in Forschung und Technologieentwicklung sowie in nachhaltige Wachstums- und Bildungspolitik zu investieren“, sagte Schüssel. „Wir glauben jedoch, daß wir mit der bisher praktizierten einprozentigen Begrenzung auskommen. Damit können nach wie vor alle Aufgaben der Europäischen Union erfüllt werden.“

In Zahlen ausgedrückt heißt das dennoch: nicht weniger Geld für die EU, sondern mehr Geld.“ So werde durch eine Beschränkung der Beitragszahlungen auf ein Prozent des Bruttonationalproduktes das EU-Budget von 99 Milliarden Euro derzeit auf 124 Milliarden Euro bis zum Jahr 2013 ansteigen. Der Beitrag Österreichs würde sich dabei von 2,2 Mil-



Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel

Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

liarden Euro auf 2,7 Milliarden Euro erhöhen.

Zur Zeit betragen die verwendeten Finanzmittel aus dem EU-Haushalt rund ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes aller EU-Mit-

gliedstaaten. Damit ist das Gesamtbudget mit rund 99 Milliarden Euro dotiert. Österreich trägt 2,2 Milliarden Euro netto zum EU-Haushalt bei. „Der Vorschlag der Kommission würde nun einen Anstieg des Jahresbudgets auf 158 Milliarden Euro bis zum Jahr 2013 bedeuten. Das entspricht einer Steigerung um 60 Prozent“, so der Bundeskanzler. Der österreichische Beitrag würde sich damit auf mehr als drei Milliarden Euro pro Jahr erhöhen. „Das ist aus unserer Sicht bei weitem zu viel. Und mit dieser Position sind wir nicht allein“, so Schüssel und verwies diesbezüglich auf den gemeinsamen Brief der sechs EU-Mitgliedstaaten an die Kommission vom Dezember 2003.

Kritisch betrachtet wird von Österreich unter anderem der starke Anstieg der Verwaltungskosten um ein Drittel sowie die extreme Anhebung der Unternehmensförderung. Der Bundeskanzler betonte, daß die Steigerung der EU-Budgets nicht durch Agrarausgaben verursacht werde. Vielmehr sinke das Agrarbudget um 1 Milliarde Euro, so der Bundeskanzler. ■

Ideensuche für Österreich-Pavillon auf der EXPO 2005

Die Republik Österreich beteiligt sich an der Weltausstellung 2005 in Japan. Für die Umsetzung und Gestaltung der Inhalte des österreichischen Ausstellungsbeitrags wird das interdisziplinäre Kreativteam gesucht. Die Bekanntmachung im Amtsblatt der Wiener Zeitung erfolgte am Donnerstag, den 19. Februar 2004.

Die kommende Weltausstellung findet vom 25. März bis zum 25. September 2005 in Japan statt. Die Präfektur Aichi hat ein 187 Hektar großes Gelände nahe der Millionenstadt Nagoya bereitgestellt. Die Vorbereitungsarbeiten laufen auf Hochtouren. Über 100 Länderbeteiligungen und 15 Millionen Besucher werden von den Organisatoren bei dieser internationalen Informations- und Unterhaltungsschau erwartet. Informationen finden sich unter <http://www.expo2005.or.jp>.

Die Republik Österreich wird mit einer 650m² großen Ausstellung an der EXPO 2005 teilnehmen. Für diese Präsenz ist jetzt die innovative Umsetzungsidee gesucht.

Die inhaltliche und künstlerisch-architek-

tonische Gestaltung des Österreichpavillons wird in Form eines zweistufigen Verhandlungsverfahrens ausgeschrieben. Die Ausschreibungsunterlagen, die als PDF-Datei unentgeltlich zugänglich sind, können per E-mail office@vergabeanwalt.at angefordert werden.

Hintergrund der österreichischen Teilnahme, die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und der Wirtschaftskammer Österreich getragen wird, ist die Vertiefung der österreichisch-japanischen Beziehungen auf wirtschaftlicher, touristischer, wissenschaftlicher und kultureller Ebene. Regierungskommissarin Marès Rossmann bemerkte dazu: „Der österreichische Pavillon soll auf der Expo 2005 als Symbolträger und Interaktionsplattform zur Stärkung des positiven Images Österreichs in der japanischen Bevölkerung beitragen.“

Offizielles Leitthema der Veranstaltung ist die „Weisheit der Natur“: Vor dem Hintergrund einer global vernetzten und ökologisch verletzten Welt wird ein interkultureller Wissensaustausch für die Schaffung von

neuen Zivilisationsmodellen vorgeschlagen. Innerhalb des gewählten Unterthemas „Die Kunst des Lebens“ soll sich der Beitrag Österreichs um folgende drei Themenkreise drehen: Musik (die hörbare Vielfalt Österreichs: Von Mozart über das Rauschen der Wälder bis zum Ton der High-Tech-Motoren), Holz (außerordentliche österreichische Produkte, Services sowie Architektur- und Ingenieursleistungen aus einem natürlichen Werkstoff) und gesundes Leben (Österreichs Top-Lebensqualität im weltweiten Vergleich).

Bei diesen Bereichen handelt es sich um „Leistungsfelder“, in denen Österreich zu den Besten der Welt zählt. Diese Themenfelder sollen den inhaltlichen Rahmen des Gestaltungskonzeptes darstellen und in der Umsetzung klar erkennbar sein. Es wird nun Aufgabe der teilnehmenden Kreativ-Teams sein, die Inhalte in einer innovativen Form umzusetzen und damit der Republik Österreich einen attraktiven und zukunftsgerichteten Auftritt an der Weltausstellung zu ermöglichen. ■

WKÖ: Eröffnung des »Austria Center New York«

Anliegen der österreichischen Wirtschaft werden ab sofort im Zentrum des US-Wirtschaftslebens vertreten

Im Sommer des Vorjahres haben die Außenhandelsstelle der Wirtschaftskammer Österreich und die Vertretung der Österreich Werbung in New York ihre neuen, gemeinsamen Räumlichkeiten im Zentrum von Manhattan bezogen. Am 12. Februar fand die offizielle Eröffnung des „Austria Centers New York“ durch Walter Koren, Leiter der Außenwirtschaft Österreich (AWO) der

internationale Angelegenheiten der Stadt New York.

Bei der Eröffnung wies Bruno Freytag, WKÖ-Handelsdelegierter in New York, auf die Bedeutung der USA als Österreichs drittgrößter Handelspartner hin: „In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Summe der Importe und Exporte zwischen den beiden Ländern mehr als verdoppelt. Waren es 1993



Der österr. Handelsdelegierte in New York, Bruno Freytag (links), mit Marjorie Tiven (Commissioner for International Affairs und Schwester des New Yorker Bürgermeisters) und dem Leiter der Außenwirtschaft Österreich Dr. Walter Koren Foto: AWO

WKÖ, statt „Mit dieser Niederlassung in der Nähe des Time Square direkt im Herzen New Yorks bringen wir die Anliegen der heimischen Wirtschaft direkt ins Zentrum des amerikanischen Wirtschaftslebens. Wir sind somit die Drehscheibe zwischen österreichischer und amerikanischer Wirtschaft“, so Koren bei der Eröffnungsfeier.

Zur Eröffnung kamen rund 150 Gäste, darunter viel heimische Prominenz aus Wirtschaft und Politik – unter anderem Eva Nowotny, österreichische Botschafterin in Washington, der Generalkonsul in New York, Michael Breisky, Gerhard Pfanzelter, Botschafter der österreichischen Vertretung bei den Vereinten Nationen, Christoph Thun-Hohenstein, Leiter des österreichischen Kulturforums New York, aber auch internationale Gäste, wie die Schwester des New Yorker Bürgermeisters, Marjorie Tiven, Stadträtin für

noch 2,7 Milliarden US-Dollar, so beläuft sich das Handelsvolumen derzeit auf rund 6 Milliarden US-Dollar.“ Auch die wechselseitigen Direkt-Investitionen haben in den letzten Jahren kräftig zugelegt. US-Investments belaufen sich in Österreich derzeit auf rund 3,1 Milliarden US-Dollar, österreichische Unternehmen investierten rund 2,4 Milliarden US-Dollar in den USA. „Durch diese Direkt-Investitionen sind bisher bereits über 40.000 Jobs in beiden Ländern geschaffen worden“, so Freytag. ■

*The Austrian Trade Commission
120 West 45th Street, 9th Floor
New York, NY 10036
Telephone: 1(212) 421-5250
Telefax: 1(212)421-5251
newyork@wko.at
<http://www.austriantradeus.org>*

Eröffnung Österreich Institut in Laibach

Am 26. Februar 2004 eröffnete die im Bundeseigentum stehende Österreich Institut GmbH eine neue Sprachschule in Laibach. Erstmals wird es damit in Slowenien eine österreichische Sprachschule geben. Das Außenministerium verfügt nunmehr über ein Netz von eigenständigen Österreich Instituten in allen Staaten der Regionalen Partnerschaft (Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Slowenien). Der Leiter der Kulturpolitischen Sektion im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Dr. Emil Brix, betonte die Bedeutung dieses im Kulturabkommen mit Slowenien festgelegten Schrittes für die bilateralen Beziehungen und für die von beiden Seiten gewünschte aktive kulturelle Nachbarschaftspolitik. Fast 50 Prozent der slowenischen Bevölkerung verfügen über Deutschkenntnisse und im Fremdsprachenunterricht nimmt Deutsch nach Englisch den zweiten Platz ein. Die Österreich Institute in den Nachbarstaaten tragen maßgeblich dazu bei, die österreichische Variante der deutschen Sprache als regionale Kommunikationsprache Mitteleuropas zu fördern und zu stärken.

Seit der Umwandlung der früher von den österreichischen Kulturinstituten an verschiedenen Standorten ausgerichteten Sprachkurse konnten die Schülerzahlen kontinuierlich gesteigert werden und liegen im laufenden Schuljahr bereits bei rund 10.000. Die Gesellschaft hat auf Grund ihrer strategischen Ausrichtung auf ein besonders qualitätsvolles Sprachkursangebot einen hohen Eigenfinanzierungsanteil erreicht, der derzeit bei 72% liegt.

Die Eröffnung des Sprachinstitutes wurde von Botschafter Dr. Emil Brix und der Kultursektionsleiterin im slowenischen Außenministerium, Alenka Suhadolnik, in Anwesenheit der Bürgermeisterin von Ljubljana, des österreichischen Botschafters in Slowenien Dr. Ferdinand Mayerhofer-Grünbühel sowie der Geschäftsführerin der Österreich Institut GmbH, Dr. Brigitte Ortner, vorgenommen.

Die Eröffnung ist Teil einer seit 23. Februar 2003 laufenden und vom Österreichischen Kulturforum Laibach organisierten „Österreich-Woche“. Am Eröffnungstag las u.a. der Kärntner Schriftsteller Florjan Lipuš auf Deutsch und Slowenisch aus seinen Werken und Peter Paul Wiplinger präsentiert seine Fotoausstellung „Wiener Wahrzeichen und slowenische Spuren in Wien“. ■

<http://www.oesterreichinstitut.at>

Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2008

Wirtschaft schöpft ihr Potential mittelfristig zunehmend aus.

Von Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski und Ewald Walterskirchen

Die Konjunkturimpulse aus den USA werden auch in Europa im Laufe des Jahres 2004 einen Aufschwung in Gang setzen, der die gesamte Prognoseperiode anhält. Das größte Risiko bildet derzeit der hohe Euro-Kurs – er könnte die Dynamik der europäischen Wirtschaft bremsen.

Das Bruttoinlandsprodukt wird in Österreich 2003 bis 2008 (zu konstanten Preisen von 1995) um 2,3% pro Jahr zunehmen. Das Wachstum fällt damit etwas höher aus als in den Jahren 1997/2003 (+2,1% p. a.) und auch höher als im Euro-Raum (+2,1%).

Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft wurde in den Jahren 2001 bis 2003 durch die Schwäche der internationalen Konjunktur gebremst. In den kommenden Jahren wird sie angesichts der erwarteten Verbesserung der Weltkonjunktur ihr Wachstumspotential zunehmend ausschöpfen können. Das steigende Arbeitskräfteangebot bietet dafür hinreichend Spielraum.

Einige Faktoren sprechen dafür, daß das mittelfristige Wirtschaftswachstum in Österreich etwas über dem Durchschnitt des Euro-Raums liegt:

Die Steuerreform wird das Wachstum 2005 um 0,3 Prozentpunkte und bis 2007 weiter um 0,1 Prozentpunkt beschleunigen. Die Steuerensenkungen werden allerdings das Defizit der öffentlichen Haushalte 2005 auf etwa 1½% des BIP anheben; bis 2008 sollte es aufgrund der anhaltenden Konjunkturbelebung auf ¼% bis ½% des BIP zurückgehen.

Die EU-Erweiterung wird den Beitrittsländern wirtschaftliche Vorteile bringen. Österreich als wichtiger Handelspartner dieser Länder profitiert davon über den Export in besonderem Maß.

Die schwache Performance Deutschlands zog die österreichische Wirtschaft in den letzten Jahren in Mitleidenschaft. Wenn der Wachstumsrückstand Deutschlands wie erwartet kleiner wird, wirkt sich das für Österreich günstig aus.

Die Entwicklung im Wohnbau, die das Wachstum in den letzten Jahren bremste, wird sich verbessern.

Die wirtschaftspolitischen Bemühungen, Forschung und Entwicklung in Österreich zu fördern, sollten sich allmählich positiv auswirken.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit (gemessen an den Lohnstückkosten) wird sich weiter verbessern.



Foto: <http://www.bilderbox.com>

Das Arbeitskräfteangebot – insbesondere an ausländischen Arbeitskräften – dürfte in den kommenden Jahren weiter kräftig steigen. Das stimuliert mittelfristig die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in traditionellen Branchen (nicht in Zukunftsbereichen wie etwa Informations- und Kommunikationstechnologie und Biotechnologie), vermindert aber gleichzeitig die Chancen auf eine Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Der relativ hohe Lebensstandard wird sich in Österreich im internationalen Strukturwettbewerb nur halten bzw. ausbauen lassen, wenn sowohl von öffentlicher als auch privater Seite mehr in die Zukunftsbereiche Bildung, Forschung und Entwicklung sowie in Informations- und Kommunikationstechnologien investiert wird. Wenn Österreich hier den Rückstand gegenüber den USA und den führenden Staaten Europas verringern kann,

wird die Wirtschaft mit großer Wahrscheinlichkeit überdurchschnittlich expandieren. Nach der vorliegenden mittelfristigen Prognose dürfte das BIP 2003 bis 2008 im Euro-Raum zu konstanten Preisen jährlich um 2,1%, in der EU 15 um 2,2% und in Österreich sowie der EU 25 um 2,3% wachsen.

Auch im letzten Jahrzehnt wurde für Österreich infolge der Ostöffnung und des EU-Beitritts eine überdurchschnittliche Wachstumsrate erwartet, seit 1995 erreichte die BIP-Steigerung aber lediglich den Durchschnitt der EU-Länder. Bezogen auf das BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten verringerte sich der Einkommensvorsprung seit 2000 infolge der hohen Zuwanderung etwas. In den Prognosen und Simulationsrechnungen war die Entwicklung in Deutschland bedeutend günstiger angenommen worden, als sie tatsächlich eingetreten ist. Berücksichtigt man diesen Effekt ex post, so ergeben sich für Österreich nach wie vor positive Integrationseffekte¹⁾.

Die Wachstumsdynamik reicht in Österreich nicht aus, um die Arbeitslosenquote in den nächsten Jahren spürbar zu verringern, zumal das Angebot an ausländischen Arbeitskräften kräftig steigt. Auch am Ende des Prognosezeitraums (2008) liegt die Arbeitslosenquote bei 4,3% (bzw. 6,6% nach nationaler Definition). Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit dämpft weiterhin die Lohn- und Preissteigerungen. Von den Rohstoff- und den Energiepreisen sind in einer frühen Phase des internationalen Konjunkturaufschwungs keine preistreibenden Effekte zu erwarten. Auch nachfrageseitig ist kaum ein Preisaufruf gegeben, da im Prognosezeitraum die „Output-Lücke“ (definiert als Abweichung des tatsächlichen vom potentiellen Output) niedrig bleibt. Die Inflationsrate dürfte deshalb in der Prognoseperiode zwischen 1% und 1½% pendeln. ■

¹⁾ Breuss, F., „Österreich, Finnland und Schweden in der EU. Wirtschaftliche Auswirkungen“, WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(7), S. 529-556

Das Konjunkturbarometer steigt

Industrie-GS Lorenz Fritz: Der Aufschwung ist da, alle Indikatoren haben sich verbessert Fortsetzung der Reformen nötig, damit Österreich zukunftsfähiger wird

Was das Expertenpanel zum Kurs der Österreich-Aktie bereits Ende Dezember festgestellt hat, wurde nun durch die Ergebnisse der IV-Konjunkturumfrage von den Unternehmen bestätigt. „Heuer, im von Präsident Mitterbauer ausgerufenen Jahr der Wettbewerbsfähigkeit, zeigen alle Wachstumsindikatoren deutlich nach oben, die Verbesserung ist in fast allen Branchen spürbar“, betonte der Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV), Dkfm. Lorenz Fritz. Nun darf die Politik keineswegs auf dem lichten Konjunkturmorgen neue Wolken setzen. „Vielmehr erwarten wir uns, daß der Reformkurs fortgesetzt wird, nachdem mit dem Innovationspaket und der Steuerreform bereits entscheidende Weichenstellungen erfolgt sind. Handlungsbedarf besteht vor allem bei Reformen im Gesundheitsbereich, einem Impuls für die Verwaltungsreform aus dem Österreich-Konvent etc.“, betonte der IV-Generalsekretär, „Das wird Österreich zukunftsfähig machen und uns eine – im besten Fall länger andauernde – konjunkturell bessere Phase bringen.“

Kyoto-Umsetzung: Schwieriger Kompromiss, Kompensation nötig!

Der Beschluß im Ministerrat über das Emissionszertifikatesgesetz ist für die Industrie aus Standort-Sicht ein wichtiger Zwischenschritt. „Die für die Industrie akzeptable Umsetzung in einen detaillierten Allokationsplan und eine Lösung des Ökostromdesasters, die zu einer vernünftigen Lösung statt politischer Lähmung bei gleichzeitiger Kostenexplosion führt, sind nun wichtiger denn je.“ Vor allem nach dem schmerzhaften Kompromiß bei der Kyoto-Umsetzung ist für die Industrie eines klar: „Wer Arbeitsplätze sichert und Wohlstand schafft, kann nicht auf Dauer Zahlmeister der Nation sein. Dies umso mehr, wenn politische Maßnahmen in anderen Sektoren nicht wirklich sichtbar sind.“

Die jüngste Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung, an der sich 448 Unternehmen mit 221.375 Mitarbeitern beteiligt haben, zeigt erstmals seit vier Jahren wieder eine deutliche Konjunkturerholung an, er-

klärt der Bereichsleiter für Industriepolitik und Ökonomie der IV, Dr. Erhard Fürst. Alle von der IV abgefragten Indikatoren haben sich verbessert, insbesondere aber das dem deutschen IFO-Index nachgebildete Konjunkturbarometer. Dieses wird als Durchschnitt aus der Beurteilung der gegenwärtigen Geschäftslage und der erwarteten Geschäftslage in sechs Monaten errechnet und ist im 4. Quar-



Generalsekretär Dkfm. Lorenz Fritz

Foto: Iv-newsroom

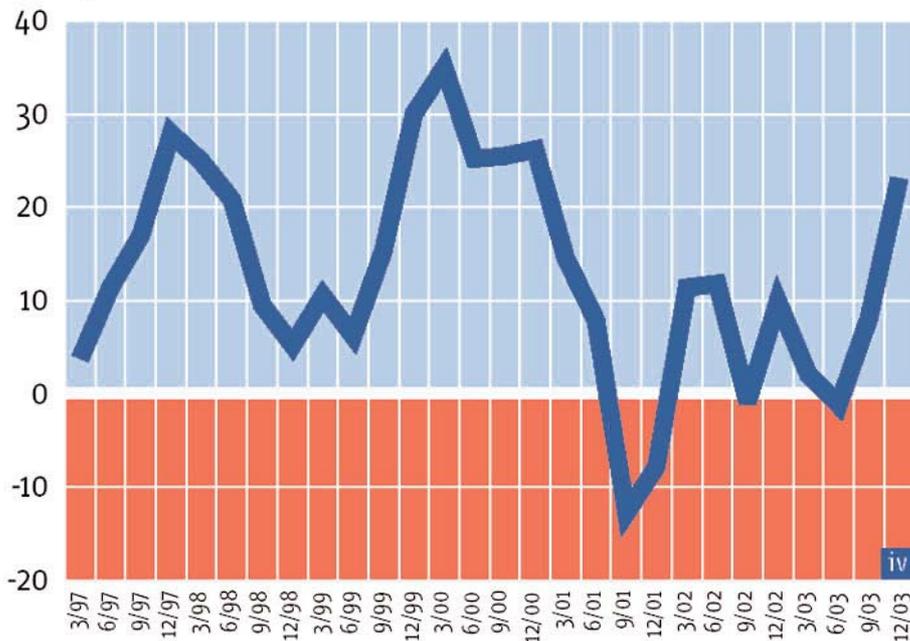
tal 2003 gegenüber dem Vorquartal von 8,1 auf 23,1 Punkte angestiegen.

25 Prozent (beschäftigungsgewichtet) der antwortenden Unternehmen bezeichnen ihre gegenwärtige Geschäftslage als gut, nur mehr acht Prozent als schlecht, der Rest antwortete neutral. Noch deutlicher ausgeprägt ist der Zukunftsoptimismus: 37 Prozent der Unternehmen erwarten in sechs Monaten eine günstige Geschäftslage, nur sieben Prozent äußerten negative Erwartungen. Die positive Wende hängt natürlich mit der Verbesserung des internationalen Konjunkturklimas zusammen, aber auch mit den positiven Signalen der Wirtschaftspolitik, betont Dr. Erhard Fürst.

Auftragsbestände: Merklige Verbesserung

Auch die Beurteilung des Auftragsbestandes hat sich merklich gebessert. 36 Prozent berichten von einem guten Auftragspolster, der konjunkturrelevante Saldo aus dem Prozentanteilen positiver und negativer Antworten hat sich von sieben Prozentpunkten auf 26 erhöht, wofür überwiegend die Auslandsorders verantwortlich sind. Offenbar überdeckt die kräftige Auslandsnachfrage vorläufig

Konjunkturbarometer

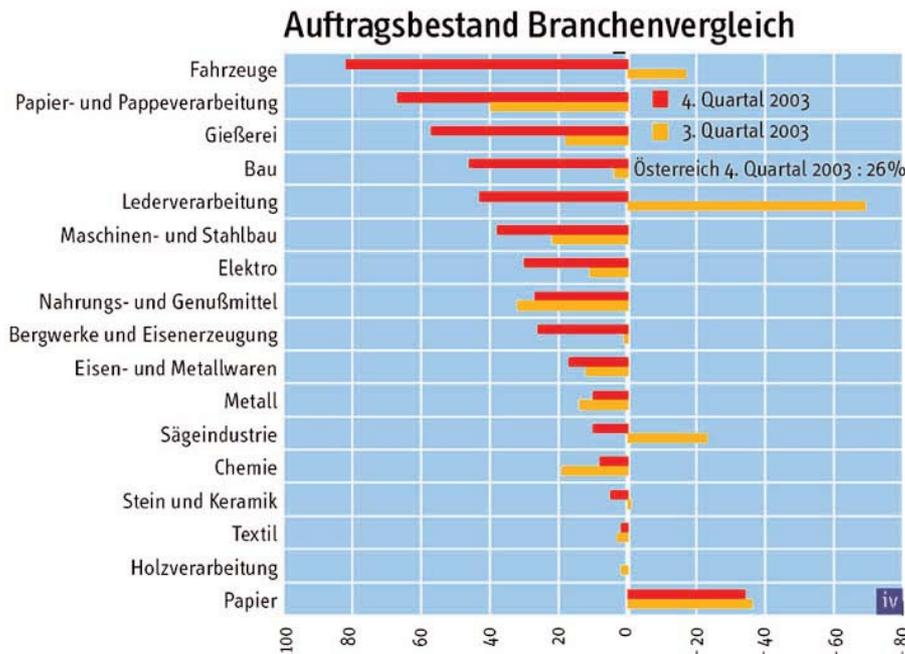


Wirtschaft

noch die Belastungen, die sich aus dem starken Euro ergeben. Dieser dürfte allerdings auf die erzielbaren Exportpreise drücken. So befürchten 25 Prozent der antwortenden Firmen fallende Verkaufspreise, nur zehn Prozent rechnen mit einem Anstieg.

Das positive Konjunkturmilieu wird den Rückgang der Industriebeschäftigung im Jahresverlauf deutlich verlangsamen, im Jahresdurchschnitt ist allerdings mit einem neuerlichen Minus zu rechnen. Der Anteil der Unternehmen, die eine steigende Beschäftigung in den nächsten drei Monaten erwarten (15 Prozent) entspricht in etwa genau jenem (13 Prozent) mit einem negativen Beschäftigungsausblick.

Auch die Beurteilung der gegenwärtigen Ertragssituation hat sich aufgehellt, noch positiver ist die Perspektive für die nächsten 6 Monate. 27 Prozent der Antworten gegenüber 17 Prozent im Vorquartal erwarten eine verbesserte Ertragslage. Dies ist überwiegend das Ergebnis einer höheren Kapazitätsauslastung und sinkender Stückkosten. Die branchenmäßige Auswertung der Beurteilung des gesamten Auftragsbestands ergab



für die Branchen Fahrzeuge, Papier- u. Pappeverarbeitung, Gießerei, Bau, Leiderverarbeitung, Maschinen- und Stahlbau sowie Elektro- und Nahrungs- und Genußmittel deutliche Überhänge der positiven Antwort-

ten. Im negativen Bereich liegt nur die Papierindustrie. Bei den Branchen Holzverarbeitung, Textil sowie Stein- und Keramik liegen die Saldi aus positiven und negativen Antworten nicht weit von Null entfernt.

Firmen-Neugründungen: 30.000er Grenze überschritten!

Kapitalaufbringung größtes Problem – Frauen sind auf dem Vormarsch

Im vergangenen Jahr sind in Österreich insgesamt 30.300 Unternehmen gegründet worden. Rund 28.000 davon sind „nachhaltige Gründungen“ mit mehr als sechs Monaten Lebensdauer, die etwa nicht gleich wieder ruhend gemeldet worden sind. „Damit haben wir mit einem Plus von 9,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr in einer konjunkturell schwierigen Zeit unser selbst gestecktes Ziel erreicht“, unterstreicht der Präsident der WKÖ, Christoph Leitl. Mit dem neuen Gründerrekord im vergangenen Jahr ist erst die Hälfte des Wegs zurückgelegt. Österreich sei nun im europäischen Mittelfeld angelangt – mit den entsprechenden Rahmenbedingungen und bei guter Konjunktur könne das Land in Sachen Neugründungen auch an die europäische Spitze rücken.

Umgerechnet auf ein Kalenderjahr sind damit im Vorjahr 77 Unternehmen pro Tag geschaffen worden, während durch Insolvenzen 15 verloren gingen. Da jeder Neugründer im Schnitt zwei Arbeitsplätze schafft, sind damit 2003 im Schnitt 92 Arbeitsplätze pro Tag oder rund 33.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden. Die meisten Jobs entstehen in Wien und Niederösterreich, ge-

folgt von Oberösterreich und der Steiermark. 33,1 Prozent der jungen Betriebe sind dabei im Handel, 26,6 Prozent in Handwerk und Gewerbe sowie 24 Prozent im Bereich Information und Consulting entstanden.

Trotz der Anfang 2004 in Kraft getretenen steuerlichen Entlastungen für Gewinne, die im Unternehmen bleiben, ist die Kapitalausstattung nach wie vor das wohl schwierigste Problem, dem sich die Gründer gegenüber sehen, betont Peter Lehner, Bundesvorsitzender der Jungen Wirtschaft. „Die Bereitschaft der Banken, mit einer Kreditvergabe ein Risiko einzugehen, war früher größer.“ Umso wichtiger seien die Aufbringung von Eigenkapital bzw. die Absicherung von Fremdkapital durch Garanten wie die staatliche Förderstelle AWS. Die Streichung der Kreditgebühr sowie die Abschaffung der Mindest-Körperschaftsteuer, die jedes KöStpflichtige Unternehmen unabhängig von seiner Gewinnsituation im voraus leisten muss, stehen auch auf der Forderungsliste der Jungen Wirtschaft.

Erfreut zeigt sich der WKÖ-Präsident darüber, daß 37 Prozent der Neugründer weiblich sind und insgesamt erstmals mehr als 30 Pro-

zent der heimischen Unternehmer Frauen sind. „Für uns ist das ein All-Time-High“, so Leitl, der darauf verwies, daß im Europa-Vergleich (18 Prozent Unternehmerinnen) Österreich doppelt so gut sei wie der Rest Europas. „Zufrieden“ könne man aber erst dann sein, wenn tatsächlich die Hälfte der Unternehmer Frauen sind, unterstrich der WKÖ-Präsident.

Für das Jahr 2004 stehen Jungunternehmern jedenfalls eine Reihe von neuen Tools zur Verfügung: Hilfe für Einsteiger leistet die Förderstelle Austria Wirtschaftsservice-Gesellschaft (AWS) mit dem „Double Equity“-Garantiefonds. Garantiert wird ein Betrag der bis zur Höhe des Eigenkapitals gehen kann, die Höchstgrenze ist 1 Mio. Euro. Der „Nachfolgebonus“ wiederum soll die Übergabe bestehender Firmen erleichtern. Gefördert wird dabei mit einem Bonus von 14 Prozent das Ansparen von Eigenkapital. Unterstützung verspricht auch eine neue Planungssoftware, die gratis vom Internet heruntergeladen werden kann: „Plan4you easy“ soll die Finanzplanung erleichtern und Investoren und Förderstellen eine fundierte Entscheidungsbasis bieten.

2003: Ein extravaganter Jahrgang

Zart aufkeimenden Frühlingsgefühlen ließ das Sommerhalbjahr 2003 eigentlich keinen Raum, denn schon eine Woche nach Ostern setzte eine frühe Hitzewelle ein, die – wenn man von je einer kühleren Woche Mitte Mai und Mitte August absieht – vier glutvolle Monate hindurch anhielt; Mitte Mai fiel übrigens auch der Wermutstropfen in das österreichische Weinglas, und zwar in Gestalt eines verheerenden Hagelsturmes, der weite Teile der Wiener Weinberge verwüstete und die Ernte drastisch reduzierte. Ansonsten verlief die Blüte bei trockenem und warmen Wetter weitgehend unproblematisch.

Der heiße und nahezu niederschlagsfreie Sommer sorgte dann für einen raschen Vegetationsvorsprung, wenn auch die jungen Reben da und dort unter der Trockenheit zu leiden hatten. Unter den vorherrschenden südlichen Klimabedingungen – so hatte etwa Graz mehr als 40 Tropentage zu verzeichnen – war überhaupt flexibles Handeln gefragt. Wer in „normalen“ Jahren mit sorgsamem Freistellen der Traubenzone erfolgreich war, tat diesmal gut daran, die Blätter am Stock zu lassen, um die heranwachsenden Beeren nicht einem frühzeitigen Sonnenbrand auszusetzen; auch eine Konkurrenzierung der Weinreben durch andere Pflanzen war bei dem beschränkten Wasserhaushalt von 2003 sicher nicht ideal.

Weinernte

Lesezeitpunkte, wie der 20. August für Sauvignon Blanc oder der 25. August für Pinot Noir, die eher an sizilianische Verhältnisse erinnern, waren dort die Regel; auch für den Zweigelt und St. Laurent konnte in den österreichischen Hitzepolen nicht mehr allzu lange zugewartet werden, da man nach den Erfahrungen mit dem Jahr 2000 eingeschrumpfte und „rosinierte“ Beeren unbedingt vermeiden wollte. Am letzten Augustwochenende schlug dann das Wetter plötzlich um und die Temperaturen fielen um mehr als 10 Grad ab. Es erfolgte zwar eine baldige Wetterberuhigung und ein überaus sonniger „Altweibersommer“ im September, doch die Nächte blieben kühl und frisch, sodaß die Zuckerreife langsamer voranschritt, aber die Aromenbildung stark gefördert wurde; größere Niederschläge blieben bis Mitte Oktober weiterhin aus,

sodaß das Traubengut von perfekter Gesundheit war.

Breites Spektrum für die Weißen

Auch in einem Hitzejahrgang wie 2003, der tendenziell höhere Alkohol- und niedrigere Säurewerte erbringt, ist in einem Weißweinland wie Österreich eine große Spannweite an Weißweintypen gegeben.

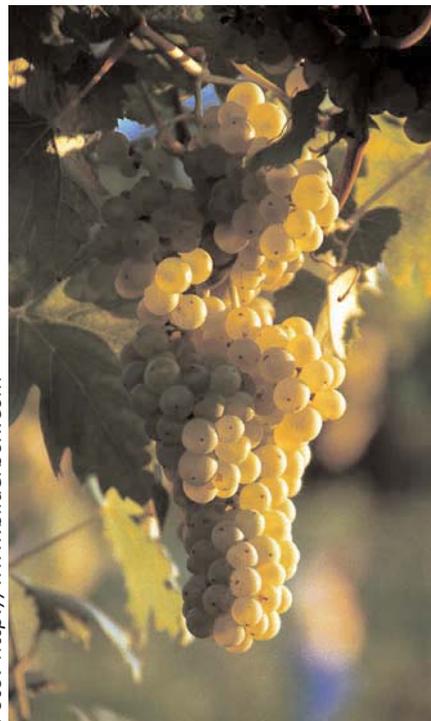


Foto: <http://www.bilderbox.com>

Auch wenn ein solches Jahr nicht gerade für die leichteren, fruchtig-frischen Weißen prädestiniert ist, konnten bei entsprechend frühem Lesezeitpunkt doch auch rassige und fruchtbetonte Weißweine mit der von den österreichischen Weinliebhabern so geschätzten Säurestruktur gewonnen werden. Ein Fragezeichen wird freilich durch die bekannte Trockenheit aufgeworfen, die etwa 2000 zu erhöhtem Gerbstoffgehalt und damit mehr oder weniger deutlich schmeckbaren Bitterstoffen geführt hat. Apropos 2000: Werden die heurigen Weißen mit diesem letzten Hitzejahr oder etwa mit 1992 vergleichbar sein? Auch wenn der Zeitpunkt für eine endgültige Beantwortung noch zu früh ist, so sind doch die zuvor erwähnten Septembertage ein großer Hoffnungsträger, sofern die Säure nicht zu tief gepurzelt ist. Wie stark die Fruchtaromen innerhalb von drei,

vier Wochen zugenommen und damit den Trauben mehr Tiefe und Harmonie verliehen haben, war jedenfalls ebenso faszinierend wie überraschend.

Der Sortentypus scheint ebenfalls gut ausgebildet zu sein, sodaß schon im Frühstadium Riesling, Veltliner und Chardonnay gut zu unterscheiden sind. Bei den aromatischen Sorten kündigen sich beispielsweise tolle Muskateller an, während bei den Sauvignons abzuwarten ist, ob sie unter dem Trockenstreß gelitten haben und für die Traminer die vielfach niedrige Säure Probleme bereiten könnte. Besonders gut sind aufgrund des idealen pH-Gehalts die Perspektiven für die im Barrique vergorenen Weißweine, etwa von der Burgunderfamilie oder aus dem kapriziösen Rotgipfler.

Für die Dessertweinspezialitäten zeichnen sich für das Weinjahr 2003 geringe Quantitäten ab, da die noch erhoffte Botrytis nur in sehr bescheidenem Ausmaß aufgetreten ist und bis Mitte Dezember auch keine Eiswein-Temperaturen in Sicht waren.

Grandiose Rotweine

Bedeutend einfacher ist es, ein erstes Resümee über die zu erwartenden Rotweinqualitäten zu ziehen. Das Motto lautet ganz einfach: Wer dieses Jahr keinen exzellenten Rotwein hervorgebracht hat, ist selbst Schuld. Enorm farb tief strömen selbst die Burgundersorten ins Glas, dunkelbeerige, tiefe Fruchtaromen paaren sich mit ungewöhnlichem Körperreichtum, sodaß generell ebenso geschmeidige wie fleischige Rotweine zu erwarten sind. Die da und dort gehörten Vorbehalte wegen des Witterungsverlaufes sind schwer nachzuvollziehen, weil es für Sorten wie Blaufränkisch, Cabernet, Merlot oder Syrah in unseren Breiten gar nicht genug Sonne geben kann, und die ersten Proben zeigen auch eindeutig mehr Frucht und Biss als die vergleichbaren 2000er. Auch Zweigelt und St. Laurent punkten mit feinem Fruchtschmelz, während für die Blauburgunder abzuwarten ist, ob die sommerliche Hitze ihrer feingliedrigen Struktur zuträglich war – substanzreiche, ja üppige rote Gewächse sind in jedem Fall vorauszusehen. Besondere Hoffnungen setzen Österreichs Spitzenwinzer dieses Jahr unter anderem auf die in sensationeller Frühform befindlichen Blaufränkischen und Cabernets. ■

Gelebtes Brauchtum

Seit Hunderten von Jahren wird in Stein im Jauntal alljährlich, am ersten Sonntag im Februar, der Brauch des »Striezelwerfens« in Ehren gehalten.

Von Michael Mössmer.

Kärnten, das südlichste Bundesland Österreichs, beherbergt auf kleinstem Raum den größten Reichtum an Kunstschätzen aus nahezu allen Epochen. 976 wurde Kärnten selbständiges Reichshertzogtum und ist damit das älteste auf – heute – österreichischem Boden.

Vom einstigen umfangreichen Karantaniens bis ins 20. Jahrhundert auf die heutige Größe zusammengeschrumpft – 1919 verlor es das Kanaltal an Italien, das Mießtal, Unterdrauburg und Seeland an Jugoslawien –, bildet Kärnten eine historisch gewachsene, geographische Einheit.

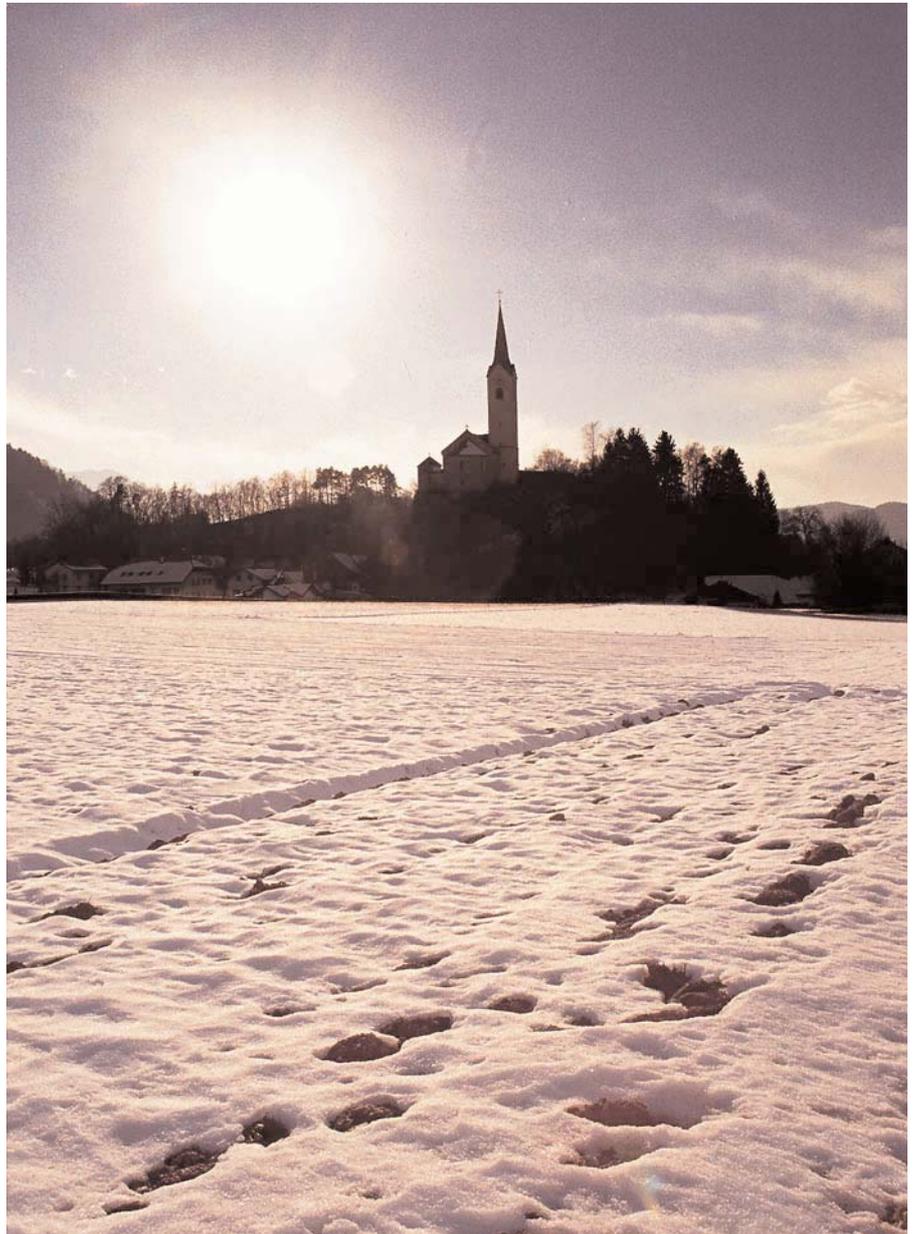
Daß sich Formen des Kärntner Brauchtums bis heute erhalten haben, liegt an der Tiefe ihrer Wurzeln. Viele der Mythen und Gebräuche sind vor Jahrtausenden entstanden, noch in heidnischer Zeit, und vieles ist später mit dem Christlichen verschmolzen.

Unzählige Kunstschätze illustrieren diese Vergangenheit – von den keltisch-römischen Ausgrabungen am Magdalensberg bis zu der unglaublich vielfältigen sakralen Kunst, so sei nur der Gurker Dom aus dem 12. nachchristlichen Jahrhundert genannt. Er ist sicher eines der bedeutendsten Bauwerke im deutschen Sprachraum.

1238 wird die weithin sichtbare Pfarrkirche Stein im Jauntal urkundlich erwähnt, die auf einem dreiseitig steil abfallenden Felskegel thront. Sie besteht aus einem schlichten Langhaus, einer großen romanischen Apsis und einem hohen gotischen Turm. Rund um die Kirche finden sich Überreste einer aus dem Mittelalter stammenden Befestigung, die noch im 18. Jahrhundert intakt war.

Die Kirche von Stein spielt auch die Hauptrolle in einem der ältesten Bräuche Südkärntens, dem sogenannten „Striezelwerfen“, der alljährlich am ersten Sonntag im Februar von ein- bis zweitausend Menschen weitergetragen wird. Er geht zurück auf eine Armenstiftung der seligen Hildegard von Stein im Jauntal, deren Reliquien sich im Steiner Gotteshaus befinden.

Schon zu Lebzeiten schätzte man die Adelige wegen ihrer wohltätigen Gesinnung, die noch vor ihrem Tod 5. Februar 985 ver-



1238 wird die weithin sichtbare Pfarrkirche Stein im Jauntal urkundlich erwähnt, die auf einem dreiseitig steil abfallenden Felskegel thront Foto: Österreich Journal

fügte, daß fortan an ihrem Todestag Jahr für Jahr ein großes Fest- und Armenmahl gegeben werde. Im Laufe der Jahrhunderte veränderte sich auch dieser Brauch, der einst sogar vorsah, die aus weit und fern herandrömenden Bettler kostenfrei über die nahe Drau gesetzt werden sollten. Die Fährleute wurden vom Pfarrer, „Garant“ für den stif-

tungsgerechten Ablauf, dafür ebenso entlohnt wie der Amtmann, wobei dieser gemeinsam mit dem Kirchenmann auch für einen guten Ochsen zu sorgen hatten, der für das Festmahl nicht gegrillt, sondern „zerlegt“ teils gekocht, teils gebraten wurde. Aus 32 Vierling (das sind 1200 kg) Hafer wurden rund 70 hl Steinbier gebraut. Auch von zwei

Chronik

Mastschweinen war die Rede, die aus der Stiftung bezahlt und mindestens „1 Pfund Pfennige“ oder etwa 250 Euro (~ 3500 Schilling) wert sein mußten. Auch war für Schüsseln, Teller, Löffel, Stutzen (Trinkgefäße), Safran, Salz, Schmalz, Käse und Mehl gesorgt sein, letzteres wurde aus steuerähnlichen Abgaben der Grunduntertanen finanziert.

Die „Festschrift 1000 Jahre Stein“ erzählt, daß am Hildegardisfeste „alle Einwohner der Pfarre Stein samt ihrem Gesinde ein Hof-

ausschenken.“ Oftmals war der Brauch durch Obrigkeiten vom Einstellen bedroht. Doch immer wieder fanden sich „wackere“ Frauen und Männer, die den Brauch – teils in vermindertem Maße, aber immerhin – auch über schlechte Zeiten ins 21. Jahrhundert getragen haben.

Heute wie damals werden den „Striezeln“ besondere Kräfte zugeschrieben: Sie schützen, so heißt es, vor Krankheit und wenden Krankheit und Unheil von Mensch und Vieh



laibel pro Kopf und dazu ein Bier“ erhielten. Und weiter heißt es: „Alle armen Leute, geistliche oder weltliche, die am Vorabend des Hildegardisfestes und am Festtage selbst nach Stein kamen, sollten der Pfarrer und der Amtmann mit Speise und Trank versehen, wobei für die armen Leute nach einer etwas späteren Beschreibung 180 kg Ochsenfleisch aufgingen. Auch die zwei Mastschweine sollten bei den beiden Mahlzeiten am Vorabend und am Festtag verzehrt werden. Einen Schweinebauch zerschnitt man in kleine Stücklein und gab jeder geistlichen und weltlichen Person ein solches mit einem Brot, soweit es reichte. Eine zur Stiftung untertäniger Weinbauer in Kleinzapfen hatte 4 Eimer oder 226 Liter Wein abzugeben, die für das Herrenmahl, der zum Fest nach Stein kommenden Priestern, und der Pfarrer sollte ihnen diesen

ab. Übrigens: Sie haben mit dem beliebten Frühstücks-Striezel aus Weizenmehl und Milch nichts zu tun. Die traditionellen „Striezeln“ von Stein im Jauntal werden von Pfarrangehörigen aus Roggen- und Weizenmehl zu Tausenden möglichst am Vortag gebacken, jedenfalls am Vortag zur Weihe in die Kirche gebracht. Dort bleiben sie, bis sie dann, am Sonntag vormittag, an 1500 bis 2000 aus nah und fern Angereiste verteilt werden. Doch halt: Auch die Verteilung entspricht dem alten Herkommen. Vom ersten Stock eines noch aus dem Mittelalter stammenden Gebäudes werden die Striezerln teils „hinuntergeschupft“, vor allem dorthin, wo Dutzende kleinere Kinder warten, eines abzubekommen, teils mit ziemlicher Kraft geworfen, ja geschleudert, damit auch all jene zum Zug kommen, die am anderen Ende des



Anna Deutschmann ist eine der Steiner Bäuerinnen, die Tausende »Striezerln« backen – und spenden.

Fotos: Österreich Journal

Kirchenplatzes auf den Talisman fürs kommende Jahr hoffen.

Wesentlich weniger Glück braucht man dann beim Wirten, bei dem der Steiner Kirchtag am Mittagstisch ausklingt. Denn zu Essen und zu Trinken gibt es dort – ebenso traditionell – ausreichend. ■



»Der Onkel aus Amerika«

2006 steht Villach ganz im Zeichen des Projektes »Der Onkel aus Amerika – Erinnerung und Gegenwart!«. Dabei soll vor allem das Schicksal von Auswanderern der vergangenen 100 Jahre aus Villach und Umgebung dokumentiert werden.

Das Projekt „Der Onkel aus Amerika“ soll nicht nur persönliche Lebenserinnerungen von Emigranten, sondern auch ein Stück Zeit- und Regionalgeschichte dokumentieren. Es sind sehr viele Kärntner, darunter natürlich auch zahlreiche Villacher ausgewandert. Ein historisches Phänomen, das in manchen Regionen unseres Landes noch stark im Bewußtsein der Bevölkerung verankert ist. „Der Onkel aus Amerika“ soll die näheren Umstände, warum Menschen ihre Heimat verlassen haben, beleuchten.



Zuversichtliche Passagiere bei einer Überfahrt 1923: »Amerika wir kommen!«



Der Weg in die neue Heimat (hier 1938) war bei der Überfahrt oft sehr stürmisch



Anzeige in einer Kärntner Tageszeitung (20er Jahre)

Fotos: privat / Stadt Villach



Das Haus und das erste Auto - geschafft!

Foto: privat / Stadt Villach

Aufruf

„Da im Wunderland Kalifornien etwa jeder sechste Einwohner ein Automobil besitzt, führten sie mich weit herum, damit ich alle Schönheiten ihres Paradieses sähe. Es ist ein auserlesenes Glück unter frohen Menschen in üppigster Naturpracht weilen zu dürfen.“ Die im Jänner 1920 in der „Klagenfurter Zeitung“ erschienene Reportage über den „goldenen Westen“ der Vereinigten Staaten ist nicht untypisch für ein Amerikabild, wie es seit Beginn des 20. Jahrhunderts in Europa publizistische Verbreitung fand. Bereits um die Jahrhundertwende, vor allem aber in den 20er Jahren, wurde in den Kärntner Zeitungen um Auswanderer geworben. „Nach Amerika oder Canada mit den bekannten Dampfern

Chronik

der Cunard Line, Red Star Line, White Star Line – Auskünfte Villach: Karl B., Rudolfsbahnplatz 4“, lautete zum Beispiel eine Einschaltung in der „Kärntner Tagespost“ vom Mai 1928.

Verbindung

„Ich finde es sehr spannend, zu verfolgen, wie es unseren Landsleuten in Übersee geht. Zahlreiche Auslandsvillacher halten ihrer Stadt ja immer noch die Treue und informieren sich, was es in der Heimat Neues gibt, in-



Bgm. Helmut Manzenreiter:
»Auslandsvillacher halten ihrer Stadt ja immer noch die Treue«

Foto: Magistrat der Stadt Villach

dem sie zum Beispiel unser Mitteilungsblatt nachgeschickt bekommen. Das Projekt ‚Der Onkel aus Amerika‘ ist nicht zuletzt Ausdruck unserer Verbundenheit mit den Landsleuten in Übersee“, sagt Bürgermeister Helmut Manzenreiter. Damit sollen über den „großen Teich“ hinweg bereits seit Jahrzehnten gepflogene, meist private Kontakte weiter intensiviert werden.

Im Gespräch: Mag. Dr. Koroschitz

Mag. Dr. Werner Koroschitz vom VIA (Verein Industriekultur und Alltagsgeschichte – Freunde der Vorstadt) leitet das Projekt „Der Onkel aus Amerika“.

Wie lange laufen die Recherchen für das neueste Projekt der Stadt Villach bereits?
Koroschitz: Seit rund eineinhalb Jahren. Ich habe damit gleich nach Ende des Projektes „Alles Dobratsch“ angefangen.

Sie waren ja auch bereits in Amerika. Wie war die Stimmung vor Ort?
Koroschitz: Ganz super. Die Leute waren erst erstaunt und dann sehr entgegenkommend, besonders gastfreundlich und vor allem hilfsbereit. Sie haben mir sofort Fotos und Dokumente zur Verfügung gestellt. Ich habe in Amerika viel Material für Villach gefunden auch über politische Häftlinge.

Können Sie schon sagen, wie groß das Interesse an diesem Projekt ist?
Koroschitz: Sehr groß.

Kommen die Menschen auf Sie zu oder bleibt der erste Schritt Ihnen überlassen?
Koroschitz: Eigentlich muß ich forschen. Daß sich jemand von selbst meldet, ist eher selten. Am Anfang haben sich Kontakte im Bekanntenkreis ergeben. Ich habe dann auch die Passagierlisten im Staatsarchiv ausgehoben und so Leute gefunden.

Wie viele Exponate wird es in der Ausstellung zu sehen geben?
Koroschitz: Das hängt von der Konzeption der Ausstellung ab. Aber es werden sicher wieder zu viele sein, etliche Hundert. Wir machen auch vor Ort einen Dokumentarfilm.

Mit wie vielen Auswanderern und Daheimgebliebenen werden Sie bis Ende des Projektes gesprochen haben?
Koroschitz: Ich schätze, das werden so um die dreihundert Menschen sein.

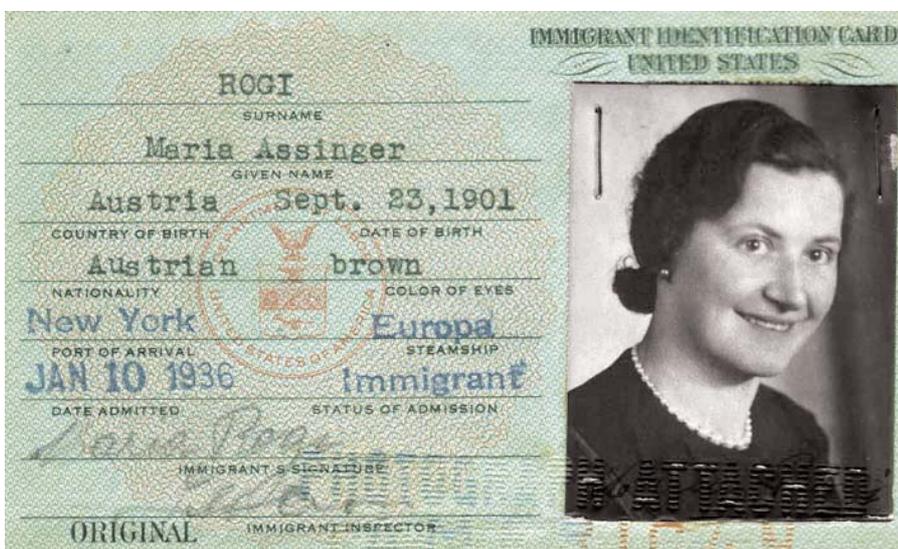
Informationsmaterial – historische Fotografien, Briefe, Tagebücher, Erzählungen, Erinnerungen oder Dokumente – nimmt er gerne entgegen:

Dr. Werner Koroschitz
Gritschacher Höhe 18 / 3
A-9500 Villach
Telefon: ++43 / (0)4242 / 21 67 16
E-Mail: koroschitz@aon.at

Neue Heimat

Es scheint klar, daß für unsere Landsleute in vergangener Zeit der Not das Land der unbegrenzten Möglichkeiten eine besondere Anziehungskraft ausgestrahlt hat. Der Wunsch nach Besserung der wirtschaftlichen Situation, die Hoffnung auf einen bescheidenen Wohlstand – Triebfedern, für die nicht unbedeutende Auswandererbewegung. Bevorzugtes Ziel war der amerikanische Kontinent. Unzählige Kärntnerinnen und Kärntner haben dort eine neue Heimat gesucht und auch gefunden. Es sind allerdings auch einige wieder in die alte Heimat zurückgekehrt.

Damals wie heute sehr begehrt: die »greencard«
Foto: privat / Stadt Villach



Chronik



Kärntner Auswanderer vor der großen Überfahrt im Jahr 1922

Wanderungsamt

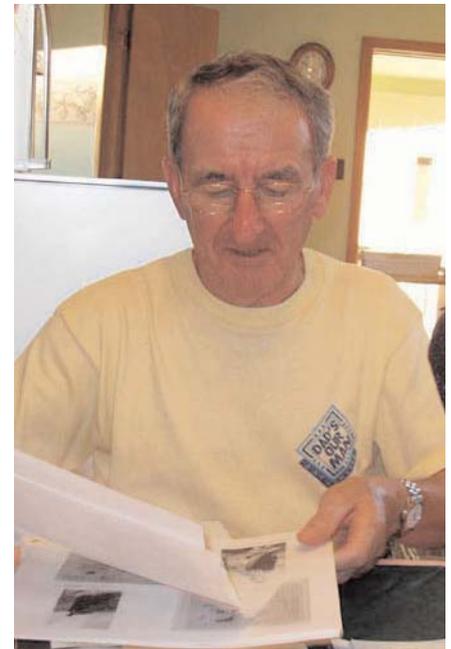
1930 beklagte die „Villacher Zeitung“, daß zwischen 1919 und 1930 mehr als 64.000 Österreicher ausgewandert seien, darunter über 3000 Kärntner. Ein Großteil von ihnen aus dem Raum Villach und dem Gailtal. Im Jahr davor hat diese Zeitung in einem Artikel für die Auswanderung von Landwirtfamilien nach Südamerika geworben: „Anfragen beziehungsweise Gesuche Auswanderungswilliger sind unter Angabe des Alters der einzelnen Fa-

milienmitglieder, der landwirtschaftlichen Kenntnisse und des Gesundheitszustandes ehestens an das Wanderungsamt des Bundeskanzleramtes, Wien, ..., zu richten.“

Verständnis

Leicht hatten es die Auswanderer sicher nicht. Auch das soll das Projekt der Stadt Villach aufzeigen. Der Entschluß zum Auswandern, der Abschied von daheim, die Reise, die neue Umgebung, eine neue Sprache, harte

Arbeit und Entbehrungen, die notwendig waren, um in einem neuen Land eine Existenz aufzubauen – das alles war mit dem Schlagwort „Amerika“ verbunden. Die Ausstellung „Der Onkel aus Amerika“ soll unter verschiedenen Gesichtspunkten das Bewußtsein über geschichtliche Zusammenhänge sensibi-



2003: Interview mit dem Auslands-kärntner Hermann Kraus in North Bay

lisieren. Lebensgeschichtliche Interviews mit Auslandskärntnern in Nordamerika, ebenso wie mit den zurückgelassenen Verwandten, sollen das Geschichtsverständnis hier wie dort schärfen. Die Ausstellung wird auch in den USA präsentiert werden.

Stadtausstellungen

Villach setzt mit diesem Projekt die Reihe der Stadtausstellungen (zum Beispiel: „Villach 1945-95, Die Draustadt in Bewegung“, „Die Zeitspirale – Alltagskultur in Villach“, „Werkstatt Villach 1900-2000, Arbeit und Freizeit im Wandel“, „Alles Dobratsch – Stadt Blick Berg“) fort.

Die Schau

Präsentiert wird die Ausstellung 2006 im Stadtpfarrturm, auf Rathaus- und Hauptplatz, Draubrücke, entlang der Drau, im Hauptbahnhof. Für eine überregionale Ausstellung bieten sich Kärntner Bahnhöfe an. Geplant sind auch Jugend- und Kulturprojekte zum Thema.

Quelle: Magistrat der Stadt Villach
<http://www.villach.at>



Kleiner Villacher im großen New York

Foto: privat / Stadt Villach

100 Jahre »Kleine Zeitung«

Vor 100 Jahren spielte sich eine kleine Revolution ab: Die erste Ausgabe der »Kleinen Zeitung« verließ die Druckmaschinen. Damit war die Zeitung für Jedermann geboren. Grund genug, in diesem Jahr groß mit den Lesern zu feiern.

Selbstverständlich war es dazumal nicht, Zeitung zu lesen. Der hohe Preis machte dieses Vergnügen zu einem Privileg der begüterten Klasse. Bis zum 22. November 1904. Denn an diesem Tag wurde die „Kleine Zeitung“ erstmals verkauft. Und legte schon ein eindeutiges Programm fest: Mit dem damaligen Verkaufspreis von 2 Hellern (zum Vergleich: eine Semmel kostete damals 4 Heller) war sie praktisch für alle erschwinglich und wandte sich somit auch an Schichten, die von der Konkurrenz eher vernachlässigt wurden. Zudem war die „Kleine“ von der ersten Auflage an von der Parteiunabhängigkeit geprägt. In gedrängter Form, so die Blattlinie, sollte dem Leser alles Wissenswerte und Interessante des Tages in objektiver Weise nahegebracht werden. Die Leser, so scheint es, haben ihr das nie vergessen. Schließlich mauserte sich die „Kleine Zeitung“ zur beliebtesten Tageszeitung in Steiermark und Kärnten und laut Media-Analyse 2002 zur zweitbeliebtesten in ganz Österreich.

Wandel der Zeiten

Mit der ersten Ausgabe hielten die Leser ein acht Seiten starkes Blatt in der Hand, auf dem sich die Informationen drängten. Bilder mußten damals noch vom Zeichner angefertigt werden. Auch die Schlagzeile wurde noch von der Nüchternheit der Zeit geprägt. Aber bereits in der ersten Ausgabe kündigte sich der weite thematische Rahmen der Zeitung an. Weltpolitik hatte ihren Platz ebenso wie die inneren Angelegenheiten der Monarchie. Natürlich wurde auch dem lokalen Bereich großer Raum eingeräumt, in dem sich einige literarische Schmankerl wiederfinden lassen. So wurde ein Bericht über ein Großfeuer in der Nibelungengasse zur genauen Anleitung eines Löschvorganges. Dort durfte nichts fehlen: Weder, wo genau das Brandobjekt sich befand, noch wie die Feuerwehr Zug um Zug sich aufmachte, dem Feuer Herr zu werden. Die fachkundige Information blieb der „Kleinen Zeitung“ über die hundert Jahre bis heute erhalten. Bei allen wichtigen Kapiteln der Weltgeschichte und des kleine-

Probennummer. **Auflage 30.000.**

Kleine Zeitung

Zwei-Heller-Morgenblatt

Erscheint täglich, nur nicht Montags und nach einem Feiertag, mindestens acht Seiten stark.

Schriftleitung: Schönaustraße 64 (Stargochhof), Fernsprechstelle Nr. 698. — Verwaltung: Albrechtgasse 6, Fernsprechstelle Nr. 888.

Bezugspreise für Graz: Einzelne Nummer 2 h, vierteljährig K 1 50, halbjährig K 3 —, ganzjährig K 6 —. Mit Zustellung ins Haus: Vierteljährig K 2 10, halbjährig K 4 20, ganzjährig K 8 40. Einen Monat zur Probe 10 h. Bezugspreise für auswärts: Mit Postzusendung: Einzelne Nummer 4 h, vierteljährig K 3 —, halbjährig K 6 —, ganzjährig K 12 —. Einen Monat zur Probe K 1 —. Man kann bei jeder Preisfriststelle und bei jedem Postamt abonnieren.

Nr. 1. Graz, Dienstag 22. November 1904. 1. Jahrgang.

Zum ersten Mal

erscheint heute die

„Kleine Zeitung“

Die Herausgabe dieses Blattes entsprang einer Notwendigkeit, denn einerseits sind die Abonnementskosten für eine der bestehenden Tageszeitungen einem großen Teil der Bevölkerung unerschwinglich, andererseits gibt es eine große Anzahl von Lesern, welche in gedrängter Form alles Wissenswerte und Interessante des Tages in objektiver Weise berichten haben wollen. Beiden Teilen wird durch das Erscheinen der „Kleinen Zeitung“ gerecht. Der enorm billige, einzig dastehende Preis von

zwei Heller pro Nummer

setzt jeden, auch den Unbemitteltesten in die Lage, künftiger Leser der „Kleinen Zeitung“ zu werden. Dieses Blatt erscheint täglich früh mit reichem, interessanten Inhalt.

Die „Kleine Zeitung“ ist kein Organ einer politischen Partei, sondern ein Nachrichtenblatt. Das Neueste des Tages wird in der „Kleinen Zeitung“ in gedrängter Form und dennoch erschöpfend berichtet. Den heimischen Vorgängen wird besonderes Augenmerk zugewendet. Darin unterscheidet sie sich von anderen umlaufenden Blättern, die teurer sind, aber gar keine Grazer Berichte enthalten.

Die „Kleine Zeitung“ dagegen ist ein wohl informiertes Grazer Lokalblatt.

Außerdem aber finden die Ereignisse der ganzen Welt weitestgehende Beachtung. Gute Illustrationen sollen Berichte von besonders interessanten Geschehnissen veranschaulichen. Für angenehmen Zeitvertreib sorgen regelmäßig laufende, nur gute

und spannende Romane berühmter Schriftsteller.

Aus all dem geht hervor, daß die „Kleine Zeitung“ alle Vorzüge einer modernen Tageszeitung in sich vereint.

Am Hinblick darauf steht der Preis von **zwei Heller pro Nummer** konkurrenzlos da.

Der neue französische Kriegsminister.

Der Rücktritt des bisherigen französischen Kriegsministers, Generalis André, hat einen Mann an die Spitze der französischen Armee gestellt, welcher dem Militärstand bisher überhaupt nicht angehört. Es ist das in Frankreich kein Ausnahmefall: es hat dort schon mehrfach Kriegsminister gegeben, die niemals Soldaten waren. Der neue französische Kriegsminister Maurice Bertheaux ist im Jahre 1852 geboren. Sein Vater war ein kleiner Geldagent, und auch der neue Kriegsminister war bis zum Jahre 1899 Agent an der Pariser Börse, das heißt einer jener amtlich beschäftigten Wechselmakler, die den Markt beherrschen. Er besitzt ein Vermögen, welches auf dreißig Millionen Franken geschätzt wird, und ge-



Der neue französische Kriegsminister Maurice Bertheaux.

Dieses Blatt eignet sich zum Infrieren vorzüglich!

Die erste Ausgabe der »Kleinen Zeitung« vom 22. November 1904

ren Österreichs war sie dabei. Sie berichtete über den Ausbruch des ersten Weltkrieges ebenso wie über die Krisen der Zwischenkriegszeit. Auch dem Anschluß widmete die „Kleine“ ihre Aufmerksamkeit. Kurz danach allerdings wurde sie einem deutschen Verlag angegliedert und ihr damaliger Generaldirektor verhaftet. Mit dem Neuaufbau der Republik war aber auch die „Kleine Zeitung“ wieder aufstanden, um ihre Leser über den

Kalten Krieg, die Probleme mit den Besatzungsmächten und schließlich den Staatsvertrag zu informieren. Österreich war zwar frei, die östlichen Nachbarn allerdings in die Zange des Kommunismus genommen, die sie mit Hilfe von Aufständen wieder lösen wollten. Die „Kleine Zeitung“ war vor Ort und hielt ihre Leser tagesaktuell auf dem Laufenden. Sowohl 1953 in Ostberlin als auch 1956 in Budapest und 1968 in Prag.

Kleine Zeitung Vbh. Großer Bilderbericht

Monatlich 5 18:20 mit Zustellung Unabhängige Tageszeitung Einzelverkauf wochentags 5 --90

Nr. 113 Dienstag, 17. Mai 1955 52. Jahrgang

Dokument der Freiheit unterschrieben
 Der Alltag kehrt wieder ein / Die hohen Gäste reisen ab / Ein erster Schatten / Presse der Welt beim Kanzler

Wien, 16. Mai. (Z.) Der Große Tag der Wiedergeburt Österreichs als freier und souveräner Staat ist vorüber. Die hohen Gäste, die Wien hochherbergen durfte, sind wieder abgereist. Dulles bestieg sein Flugzeug schon am Sonntag abend, Pizay und MacMillan folgten am Montag vormittag, und nur Molotow blieb noch über den Montag an der Donau. In den Staatskanzleien ordnet man die Berge an Glückwunschtelegrammen und Botschaften, die Presse fand sich nochmals zusammen, um vom Kanzler eine Interpretation der neuen Staatsvertragsformulierungen zu erlangen, wobei besonders eingehend die Frage des deutschen Eigentums erörtert wurde. Hierzu traf bereits ein amtlicher Protest Bonn ein, und wart einen leichten Schatten auf die besonnte Landschaft der neuen Freiheit. Im Belvedere und Schönbrunn sind die Auftragsfrauen an der Arbeit, die Gärtnerschafften die Blumenarrangements weg und Besitze der Bundesgebäudeverwaltung zählen und sortieren das ausgelebte Porzellan und Kristall, Tafel Silber und Leinen, von denen die Großen dieser Welt gespielt wurden. Das politische Gespräch dreht sich um die Frage, wo und wann man wieder zusammenkommen wird. Wien kommt leider als Tagungsort der Viererkonferenz auf höchster Ebene nicht so sehr interessierte. „Geben Sie mir jetzt Zeit zum Verschnaufen“, sagte der Kanzler abschließend in der Pressekonferenz und diese Pause sei ihm und seinen Ministerkollegen gegönnt, denn wichtige Aufgaben stehen vor der Tür des neutralen Österreichs.

nen gibt es im Internet unter:
<http://www.kleinezeitung.at/hundertjahre>

Initiativen gestartet

Das Jubiläum bietet allerdings nicht nur Grund zu Feier und Reminiszenzen, sondern auch Anlaß, in die Zukunft zu blicken. Die „Kleine Zeitung“ startet dazu einige Initiativen, um den Herausforderungen der Zukunft bereits in der Gegenwart mutig entgegenzutreten zu können. Ein inhaltlicher Schwerpunkt wird dabei etwa Schülern gewidmet, die ihre „Hundert Ideen für das Land“ präsentieren werden. Im Sommer schließlich wird sich die Zeitung dafür einsetzen, für hundert Jugendliche einen Lehrplatz zu finden. Damit dokumentiert die Zeitung nicht nur ihre Verbundenheit mit dem Leser, sondern zeigt auch auf, was sich gemeinsam erreichen läßt.

Das Patenkind

Immer wieder werden die Leser im Jubiläumsjahr auch Geschichten über Vanessa entdecken. Ihr Tun und ihre Erlebnisse werden von der „Kleinen Zeitung“ genau dokumentiert. Hintergrund der Aktion: Vanessa erblickte am 22. November 2003 das Licht der Welt und wird genau zum hundertjährigen Jubiläum der „Kleinen Zeitung“ ihre erste Kerze auf der Geburtstagstorte löschen. Noch ist Vanessa ein eher ruhiges Kind und hütet vornehmlich das Bett. Bald aber wird sie durch die Wohnung krabbeln und ihre ersten Schritte wagen. Die „Kleine Zeitung“ wird dabei sein. Auch im übertragenen Sinne. Oder, wie es Chefredakteur Erwin Zankel formuliert: „An Vanessa soll deutlich werden, daß alles, was wir tun, auf die Zukunft ausgerichtet ist.“

Blickpunkt Südosteuropa

Die „Kleine Zeitung“ kümmerte sich aber nicht nur um die große Weltpolitik. Auch die Berichterstattung über die südlichen und östlichen Nachbarländer lag ihr immer am Herzen. Daher wurde das Jubiläum genutzt, neue Initiativen in diesem Raum für die Zukunft zu setzen. So konnte die größte kroatische Tageszeitung „Vecernji list“ in den Verlagsverbund der „Kleinen“ eingemeindet werden und in Slowenien eine eigene Gratiszeitung gestartet werden. Eigene Korrespondenten in Zagreb und Rom sorgen für hautnahe Berichterstattung, die schließlich auch das gegenseitige Verständnis in diesem Raum stärken soll.

Die Entwicklung der „Kleinen Zeitung“ wird vom Leser mitgetragen und unterstützt. Jährlich steigen die Leserzahlen an. Die

„Kleine Zeitung“ bedankt sich dafür in ihrem hundertsten Jahr des Bestehens mit zahlreichen Aktionen und Initiativen.

Bis zur großen Gala am 21. November in der Grazer Stadthalle werden die Leser regelmäßig Gelegenheit haben, die Geschichte ihrer Zeitung zu entdecken und ihr Blatt noch besser kennenzulernen. So bietet sich ab dem Sommer die Gelegenheit, die modernen Druckzentren des Blattes näher kennenzulernen. Und wer schon immer wissen wollte, wie eine Zeitung entsteht, der erhält Aufklärung durch ein audiovisuelles Projekt, mit dem das Werden einer Zeitung erklärt wird. Doch die „Kleine Zeitung“ lädt nicht nur ein, sie kommt auch. Im Rahmen einer Tour durch alle Bezirkshauptstädte wartet so manche Überraschung und so manches Gespräch auf den interessierten Leser. Weitere Informatio-

KLEINE ZEITUNG Willkommen Euro!

AKTION! NUR BIS 5. JANUAR 2002

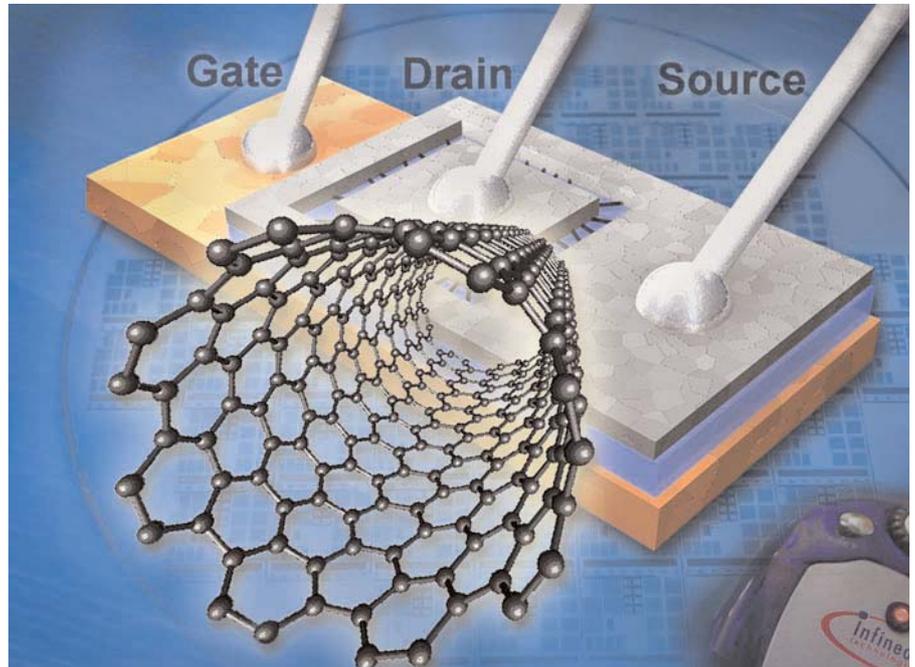
Weltneuheit aus Villach

Infineon zeigt als erstes Unternehmen weltweit Carbon-Nanotubes-Transistoren für Leistungsanwendungen: Kohlenstoff-basierte Transistoren steuern Motoren und LEDs

Ein Forschungsteam der Infineon Technologies AG in Villach konnte jetzt erstmals beweisen, daß winzigste Kohlenstoffröhrchen (Carbon Nanotubes) nicht nur eine interessante Alternative für die Silizium-Integration oder die Chip-Metallisierung sind, sondern auch die Basis für Leistungsbaulemente sein können. Die jetzt erzielten Arbeiten wurden an einem Testchip durchgeführt, bei dem die Nanotubes mit dem gängigen Verfahren der chemischen Abscheidung aus der Dampfphase (CVD) hergestellt wurden. Der Leistungstransistor-Prototyp kann kleine Motoren und auch LEDs steuern. Sämtliche Prozeßparameter wie Temperatur und verwendete Materialien sind mit herkömmlichen Prozessen in der Halbleiterherstellung vereinbar. Der Vorgang des Aufwachsens der Carbon-Nanotubes dauert dabei nur wenige Minuten. Bereits Mitte 2002 hatten Forscher von Infineon auf sich aufmerksam gemacht, als sie erstmals Carbon-Nanotubes gezielt an vordefinierten Stellen auf Silizium-Wafern aufwachsen ließen.

Leistungs-Halbleiter wie Power-MOSFETs treiben elektronische Lasten in zahlreichen Anwendungen wie Motoren oder Steuerungen. Entscheidendes Kriterium ist dabei, daß die Leistungsschalter selbst möglichst wenig Verlustleistung aufweisen, obwohl sie hohe Spannungen bzw. Ströme schalten. Die wichtigsten Kennwerte für Leistungstransistoren sind daher der Schaltwiderstand und die Stromdichte. Moderne MOSFETs wie die CoolMOS-Produkte von Infineon erreichen Schaltwiderstände von $20\text{ m}\Omega/\text{mm}^2$ und Stromdichten von $2000\text{ A}/\text{cm}^2$. Die hohe Leit- und Stromtragfähigkeit von Carbon-Nanotubes können diese Werte erheblich steigern. Die Infineon-Forscher konnten zeigen, daß mit Carbon-Nanotubes aufgebaute Leistungstransistoren einen 20 mal geringeren Schaltwiderstand und damit eine entsprechend geringere Verlustleistung erreichen. Darüber hinaus widerstehen die Kohlenstoff-basierten Transistoren etwa 200 mal höheren Stromdichten als ihre Silizium Pendanten.

„Ein wichtiges Merkmal der Nanotubes ist, daß sie nicht nur metallisch, sondern auch halbleitend sein können“, sagte Dr. Franz Kreupl, Projektleiter im Forschungsgebiet



Infineon zeigt als erstes Unternehmen Carbon-Nanotubes-Transistoren für Leistungsanwendungen: Kohlenstoff-basierte Transistoren steuern Motoren und LEDs
Foto: Infineon Technologies AG

Carbon Nanotubes von Infineon. „Damit lassen sich auch aktive Schaltelemente wie Feldeffekttransistoren zum Schalten von elektronischen Lasten aufbauen, wie wir jetzt als weltweit erste erfolgreich demonstrieren konnten.“

Da ein einzelnes Kohlenstoff-Röhrchen von 1 nm Durchmesser nur etwa 24 Mikroampere liefern kann, besteht die Herausforderung darin, Hunderte oder Tausende der winzigen Röhrchen für die gewünschte Stromtragfähigkeit parallel anzuordnen. Der erste von Infineon entwickelte Prototyp besteht aus etwa 300 parallelen Röhrchen und liefert 2 mA bei 2,5 V. Wie Infineon erfolgreich demonstriert hat, können damit bereits LEDs oder kleine Motoren angetrieben werden, was einen Meilenstein in der molekularen Elektronik darstellt. Der Prototyp kann darüber hinaus in einfacher Weise für höhere Leistungen skaliert werden.

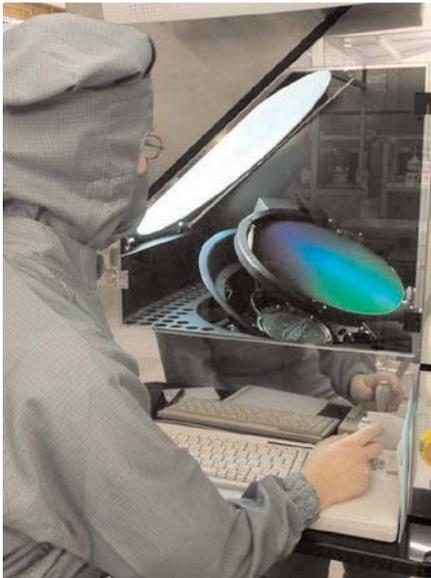
Bei der Fertigung des Nanotube-Leistungstransistors wurden einige, erst vor kurzem erzielte Fortschritte der Nanotube-Technologie integriert. Den Infineon-Forschern gelang es dabei unter anderem die einwandigen

(Single Walled) Carbon-Nanotubes schon bei $600\text{ }^\circ\text{C}$ in hoher Qualität aufwachsen zu lassen – bisher waren dazu Temperaturen von etwa $900\text{ }^\circ\text{C}$ erforderlich. Für den Bau des ganzen Transistors mit den Drain-, Source- und Gate-Kontakten ist nur ein einziger Lithographieschritt erforderlich. Bei dem Demonstrator von Infineon wurden die Drain- und Source-Kontakte aus Palladium hergestellt. Als Substrat wurde Silizium eingesetzt, wobei aber auch ein beliebiges anderes leitendes Material verwendet werden kann. Auf einem high-k Aluminiumdioxid-Gatedielektrikum haben die Forscher dann die Carbon-Nanotubes wachsen lassen. Bei dem relativ einfachen Verfahren sind die Carbon-Nanotubes beliebig angeordnet, wobei eine ausreichend große Anzahl in paralleler Ausrichtung für die Verbindung zwischen Drain und Source genutzt werden kann.

Carbon-Nanotubes

Carbon-Nanotubes (CNTs) sind Makromoleküle, die sich aus Kohlenstoffatomen zusammensetzen, angeordnet in einem Gerüst

Wissenschaft und Technik



Dieses Bild zeigt die optische Kontrolle der Waferoberfläche unter Schräglicht in der 300-mm-Meßtechnik

Foto: Infineon Technologies AG

von Sechsecken zu winzigen langgestreckten Hohlzylindern. Sie können bis zu 1 mm lang werden und weisen einen Durchmesser von 0,4 bis zu über 100 nm auf, je nachdem, wie viele der Röhren ineinander stecken. Man unterscheidet prinzipiell zwischen Single-Walled-CNTs (SWCNTs), also einwandigen Nanoröhren, und Multi-Walled-

CNTs (MWCNTs), den mehrwandigen Nanoröhren. Der Durchmesser von SWCNTs liegt zwischen 0,4 und 5 nm. Im Vergleich dazu befindet sich die klassische Silizium-Prozess-technik gerade im Übergang zu Strukturen mit kleinsten Abmessungen von 90 nm. Nanotubes können sowohl metallisch als auch halbleitend sein, was wiederum von der Geometrie der Nanotubes abhängig ist.

Neben den metallischen Eigenschaften ist der wichtigste Vorteil die extrem hohe Ladungsträgerbeweglichkeit von halbleitenden SWCNTs, die die von Silizium um einen Faktor 200 übertrifft. Dabei widerstehen CNTs Stromdichten von bis zu 1010 A/cm². Dies ist ein enorm hoher Wert, wenn man bedenkt, daß Kupfer bei einer Stromdichte von etwa 107 A/cm² bereits zu schmelzen beginnt.

Mit den beschriebenen Eigenschaften und dem – ähnlich der Polymerelektronik – kostengünstigen Fertigungsverfahren haben Carbon-Nanotubes das Potenzial für vielfältige Anwendungen. Das Spektrum reicht von der Alternative zu Silizium und Metallisierung in Halbleiter-Chips über Displays und Sensoren bis hin zu den hier dargestellten Leistungshalbleitern.

Die Forschungsaktivitäten von Infineon auf dem Gebiet der Carbon-Nanotubes werden durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Hightech Made in Austria

Infineon Österreich entwickelt und produziert Halbleiter für die Geschäftsbereiche Automobil und Industrie (AI), Sichere Mobile Lösungen (SMS) und Drahtgebundene Kommunikation (COM).

Die Infineon Austria AG mit Sitz in Villach ist Kompetenzzentrum für Leistungshalbleiter. Gemeinsam mit den Infineon Fertigungsstandorten München Perlach und Regensburg bildet Villach einen Fertigungsverbund: die PowerFab. Die Besonderheit an Villach ist die Verbindung von Produktion und Entwicklung an einem Standort. Chips „Made in Villach“ sind weltweit im Einsatz. Infineon Technologies Austria AG verfügt über die größte Entwicklungseinheit für Mikroelektronik in Österreich und damit über eines der bedeutendsten Forschungs- und Entwicklungspotentiale für Planung und Umsetzung von integrierten Schaltkreisen in Villach und Graz.

Infineon Technologies Austria AG
IFAT CM

Siemenstraße 2

9500 Villach

Telefon: +43 / (0)4242 / 305-0

Telefax: +43 / (0)4242 / 305-3501

<http://www.infineon.com>



Die Aufnahme zeigt den Blick in einen Produktionsfinger der 200-mm-Linie. Links im Bild Sputteranlagen zur Erzeugung metallischer Schichten auf dem Wafer, rechts Anlagen zur Veraschung von Fotolackrückständen

Foto: Infineon Technologies AG

EZB-Zuschlag für Coop Himmelb(l)au

Internationale Jury wählte die drei Preisträger des Architekturwettbewerbs für den Neubau der Europäischen Zentralbank in Frankfurt aus. Den weltbekannten Wiener Architekten Wolf D. Prix, Helmut Swiczinsky und Wolfdieter Dreibholz wurde der erste Platz eingeräumt.



Am 13. Februar 2004 hat eine international besetzte Jury unter Vorsitz des Vizepräsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Lucas Papademos, die drei Preisträger des internationalen städte- und hochbaulichen Wettbewerbs für den Neubau der EZB in Frankfurt am Main ausgewählt. Damit ist die zweite und letzte Phase des Architekturwettbewerbs abgeschlossen.

Die folgenden Entwürfe wurden prämiert:

1. Coop Himmelb(l)au, Wien

Dieser Entwurf kombiniert Alt und Neu geschick in einer skulpturalen Form. Das Gesamtkonzept besteht aus drei Grundelementen: der Großmarkthalle, einem „Groundscraper“ und polygonalen Zwillingtürmen. Im Entwurfskonzept für die erste Phase ragte der „Groundscraper“ über die Uferpromenade hinaus und durchschnitt die Großmarkthalle. Im Entwurf der zweiten Phase verläuft er parallel zur Großmarkthalle und läßt das historische Gebäude intakt. Die Großmarkthalle dient als Haupteingang der EZB. Hier sind die öffentlichen Bereiche untergebracht. Durch die Konferenzräume im „Groundscraper“ ist die Großmarkthalle mit den zwei Bürotürmen verbunden. Der Entwurf ist prägnant und funktional.

2. ASP Schweger Assoziierte, Berlin

Die schwebende „Skybridge“ bildet einen Kontrast zur Großmarkthalle, ohne dieses



Montagen der Sieger-Projekte: Coop Himmelb(l)au, Wien (oben, © Stefan Laub), ASP Schweger Assoziierte, Berlin (mitte, © ASP) und 54f architekten/T.R. Hamzah & Yeang, Darmstadt, Selangor/Malaysia (unten © 54f ...)



Architektur

historische Gebäude jedoch zu erdrücken. Die Großmarkthalle als solche bleibt erhalten, auch wenn ihr Dach durch eine Glaskonstruktion ersetzt wird. Dieses innovative Konzept, in dem die vertikalen Gebäude durch einen Eingangsplatz und die erhöhte Ebene miteinander verbunden sind, wirkt beeindruckend. Als Modul für eine eventuelle künftige Erweiterung ist ein zusätzlicher Turm vorgesehen.

3. 54f architekten/T.R. Hamzah & Yeang, Darmstadt, Selangor/Malaysia

Bei diesem Entwurf werden die städtebaulichen Achsen auf dem Grundstück fortgeführt und zu verschiedenen Landschaftsformen und architektonischen Elementen weiterentwickelt. Zwei unterschiedliche Hochhausseiben werden südlich der Großmarkthalle errichtet und sollen „die bestehende Skyline der Stadt ergänzen“. Die Freiflächen sind in hohem Maße ausgestaltet. Die qualitativ hochwertigen Arbeitsplätze wurden unter Berücksichtigung von Energie- und Umweltaspekten geplant. Bei diesem Entwurfskonzept wird das Grundstück gut genutzt, und die Großmarkthalle wird durch die Proportionen der neuen Gebäude nicht erdrückt. Die Integration in die unmittelbare Umgebung ist gelungen, und viele der Anforderungen des Raumprogramms werden erfüllt.

Der Wettbewerb wurde im November 2002 als begrenzter zweiphasiger Wettbewerb mit einer optionalen Überarbeitungsphase ausgerufen. Dem Wettbewerb ging ein Bewerbungsverfahren zur Auswahl von 80 qualifizierten Kandidaten für die erste Phase voraus. Bis zum 7. Juli 2003, der Frist für die erste Wettbewerbsphase, hatten 71 der 80 zugelassenen Teilnehmer erste Entwurfskonzepte eingereicht. Am 28. und 29. August 2003 wählte die Jury zwölf Kandidaten für die zweite Wettbewerbsphase aus. Diese begann am 15. September 2003, und die zwölf Architekten waren zur Einreichung ihrer Entwurfskonzepte bis zum 12. Dezember 2003 aufgefordert.

Die Jury bewertete die zwölf eingereichten Entwürfe anhand der folgenden Kriterien:

- gesamte städtebauliche Planung, Architektur und Landschaftsgestaltung;
- Einhaltung der wichtigsten Merkmale des Funktions- und Raumprogramms;
- Durchführbarkeit des Energie-/Umweltkonzepts und Einhaltung der wichtigsten Elemente der technischen Anforderungen der EZB;
- Einhaltung der relevanten Vorschriften, insbesondere in den Bereichen Bauordnungs- und Bauplanungsrecht.



Coop Himmelb(l)au: Modell und Studie des Siegerprojektes

© Markus Pilhofer

In der nun folgenden Überarbeitungsphase wird der EZB-Rat einen oder mehrere Preisträger zur Überarbeitung der eingereichten Entwürfe auffordern, und in Zusammenarbeit mit der EZB und der Stadt Frankfurt wird ein endgültiger Entwurf festgelegt. Nach Abschluß der Überarbeitungsphase wird der EZB-Rat einen der drei ausgezeichneten Architekten mit der Planung des EZB-Neubaus beauftragen.

Vom 21. Februar bis zum 14. März 2004 werden alle eingereichten Entwürfe sowohl der ersten als auch der zweiten Wettbewerbsphase in einer öffentlichen Ausstellung im Deutschen Architektur Museum in Frankfurt am Main zu sehen sein.



Coop Himmelb(l)au Städtebau und Architektur

Der Standort für den Neubau der Europäischen Zentralbank im Frankfurter „Ostend“ hat das Potential, der Frankfurter Skyline ein neues, weithin sichtbares Zeichen hinzuzufügen.

Ausgangspunkt für den Entwurf waren städtebauliche Blickbeziehungen zur Frankfurter City. Als markantes Zeichen hat Coop Himmelb(l)au einen Doppel-Turm in polygonaler Form mit Ost-West-Orientierung entworfen. Das markante Profil der Türme ist von allen wichtigen Punkten der Frankfurter Innenstadt (Oper, Museumsufer, Bankenviertel), wie auch vom Main aus zu sehen. Der Doppel-Turm wird dank seiner Form und Präsenz zu einem unverwechselbaren Fixpunkt der Frankfurter Skyline. Und er verändert, wenn die Beobachter sich bewegen, seine Form.

Die Sonderstellung der Großmarkthalle wird unterstrichen durch die parallele horizontale Struktur, in der das Konferenz- und IT-Zentrum untergebracht wird.

Im näheren urbanen Kontext verbinden sich die doppelten horizontalen Strukturen mit dem vertikalen diagonalen Einschnitt des Atriums in die Türme; auf diese Weise entsteht die vertikale Stadt, die die EZB mit dem großen urbanen Kontext der Frankfurter Skyline verbindet. So bleibt die Bedeutung der Großmarkthalle sowie die horizontal orientierte Perspektive des Flusses bestehen, und eine funktionale Verbindung zwischen dem neuen Konferenz- und IT-Zentrum und der vorhandenen Bausubstanz ist sichergestellt.

Der EZB-Komplex

Die Kombination der horizontalen Struktur mit der Vertikalität der Doppel-Türme bringt das funktionelle Programm der EZB zum Ausdruck. In der Großmarkthalle sind die Eingangslobby sowie alle öffentlichen und halböffentlichen Funktionen untergebracht, wie etwa Ausstellungsräume, ein Besucherzentrum, die Bibliothek und das Auditorium für Pressekonferenzen. Das Konferenz- und IT-Zentrum schafft auf zwei Ebenen eine horizontale Verbindung zu den Bürotürmen.

Die Turm-Typologie

Die ökonomische Doppelscheiben-Hochhaus-Typologie wird durch Verdrehung und Biegung der Baukörper in eine neue Typologie transformiert, die differenzierte Büroräume mit verschiedensten Blickperspektiven ermöglicht.

Durch die Trennung der beiden Scheiben wird ein dynamisch ausgeformtes Atrium als Kommunikationsforum mit hängenden Gärten und Raum für informelle Treffen gewonnen.

Rampenstiegen verbinden beide Scheiben zu einer Funktionseinheit. Das Atrium optimiert die Vorteile aus den Konzepten zur Versorgung mit nachhaltiger Energie, wie etwa Solarenergie für den passiven Sonnenschutz, für Kühl- und Heizungsventilation sowie zur Belichtung mit natürlichem Licht.

Das Atrium. Die vertikale Stadt

Das Atrium wird zu einer „vertikalen Stadt“. Durch Verbindungsebenen werden zwischen den Türmen Raum und Verkehrsverbindungen geschaffen, wie sie auch in einer Stadt vorkommen. Die wichtigsten Ebenen unterteilen das Atrium horizontal in drei Abschnitte mit einer Höhe von 50 Metern, vergleichbar einzelnen Stadtvierteln. Die Sky Lobby markiert den Übergang zwischen den allgemeinen Büroflächen und den Bereichen, die dem EZB-Vorstand vorbehalten sind.

Die beiden großen Verbindungsplattformen vernetzen die zwei Bürotürme im unteren Drittel des Atriums auf der Ebene, wo man von den Liften der Nahgruppe in die Expressaufzüge umsteigen kann. Hier bildet sich den Mitarbeitern ein stark frequentierter Marktplatz mit hängenden Gärten, die der Erholung dienen, einem Kaffeehaus und Sitzbereichen für informelle Meetings mit Ausblick auf die Frankfurter Skyline.

Zahlreiche Treppen und Rampen, die das Atrium queren, schaffen kurze Verbindungen zwischen den einzelnen Büroebenen, und dadurch werden zusammenhängende Nutzungseinheiten möglich.

Diese Rampen und Treppen fungieren als Straßen und Passagen der vertikalen Stadt.

Vertikal verbunden werden diese horizontalen Ebenen durch grüne hängende Gärten. Durch Lichtleitsysteme wird Tageslicht über die gesamte Höhe des Atriums verteilt.

Durch Betonung der dynamischen internen Kommunikationskultur der Europäischen Zentralbank setzt der Entwurf von Coop Himmelb(l)au ein lebendiges Zeichen in den städtischen Kontext, das Ausdruck der öffentlichen Bedeutung der EZB für Europa und die Welt ist.

Energie- und Umweltkonzept

Ein Vorschlag ist das Ergebnis eines ganzheitlichen, multidisziplinären Planungsverfahrens. Die Energie- und Umweltkonzepte für das Projekt wurden mit Blick auf die Schaffung optimaler Bedingungen für die Nutzer entwickelt, ohne dabei das Ziel eines möglichst geringen Energieverbrauchs aus den Augen zu verlieren.

Ein wichtiges Ziel war die Reduktion mechanischer Ventilation auf das notwendige Minimum. Im Entwurf setzt Coop Himmelb(l)au die vorhandenen natürlichen Energien so ein, daß die wirksame Belüftung der Büros auf natürlichem Wege sicher gestellt ist. Wind- und Sonnenenergie werden für die natürliche Ventilation der Bürotürme genutzt. Das Atrium ist eine wichtige

Komponente der natürlichen Belüftung. Durch Windfänger in der Außenhaut des Atriums und in den Bürofassaden werden Druckunterschiede zwischen den Büroebenen aufgebaut, wodurch die natürliche Ventilation der Büros garantiert wird.

Diese Maßnahmen stellen sicher, daß die klimatischen Bedingungen in den Büroebenen während der Nutzungsperiode eines normalen Jahres angenehm bleiben.

Die Sonnenschutzanlage befindet sich im Raum zwischen der Doppelfassade. In thermischer Hinsicht ist sie daher außenliegend, trotzdem ist sie aber durch die Außenhaut der Doppelfassade vor der Einwirkung von Wind oder extremen Witterungseinflüssen geschützt. Der hohe Glasanteil an der Fassadenfläche garantiert eine maximale Ausnutzung des Tageslichts für die Belichtung der Büroflächen. Tageslichtreflektoren, die hoch im Atrium angebracht sind, leiten das Licht in das Atrium hinab, wodurch die Beleuchtung der tief gelegenen Ebenen und der benachbarten Büros optimiert wird. ■

Planung:

COOP HIMMELB(L)AU
Wolf D. Prix, Helmut Swiczinsky
+ Wolf Dieter Dreibholz
A-1050 Vienna, Spengergasse 37

2404 Wilshire Blvd.,
Suite No. 4K, 4th floor
CA-90057 Los Angeles
<http://www.coop-himmelblau.at>

Bauherr:

Europäische Zentralbank, Frankfurt
<http://www.ecb.int>



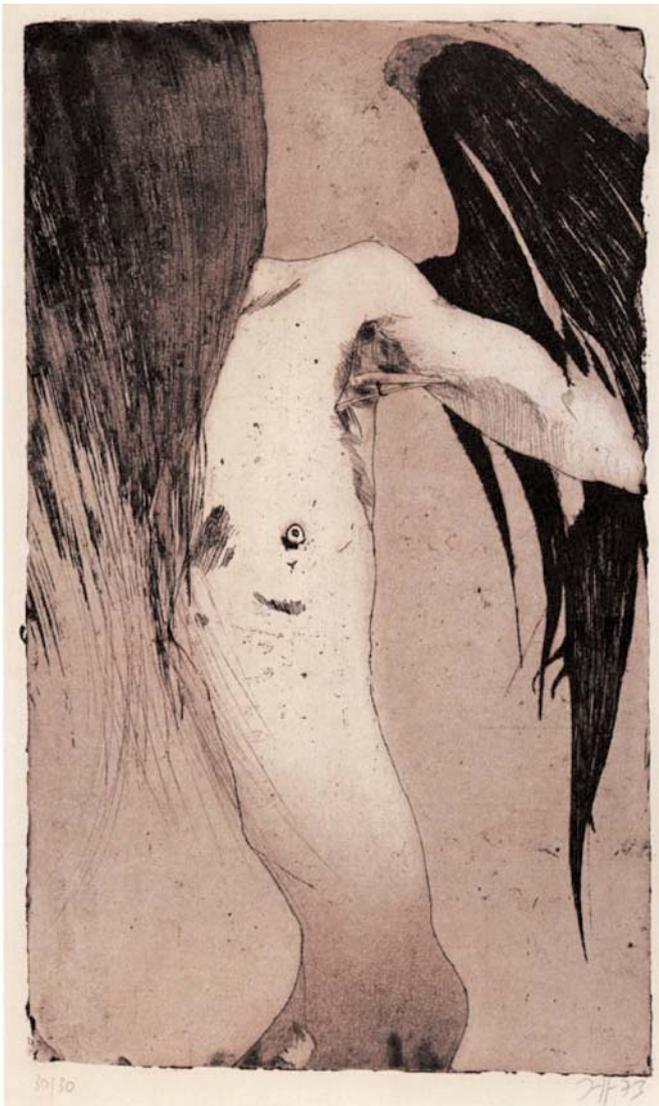
Coop Himmelb(l)au: Modellansicht des Siegerprojektes

Schiele / Janssen

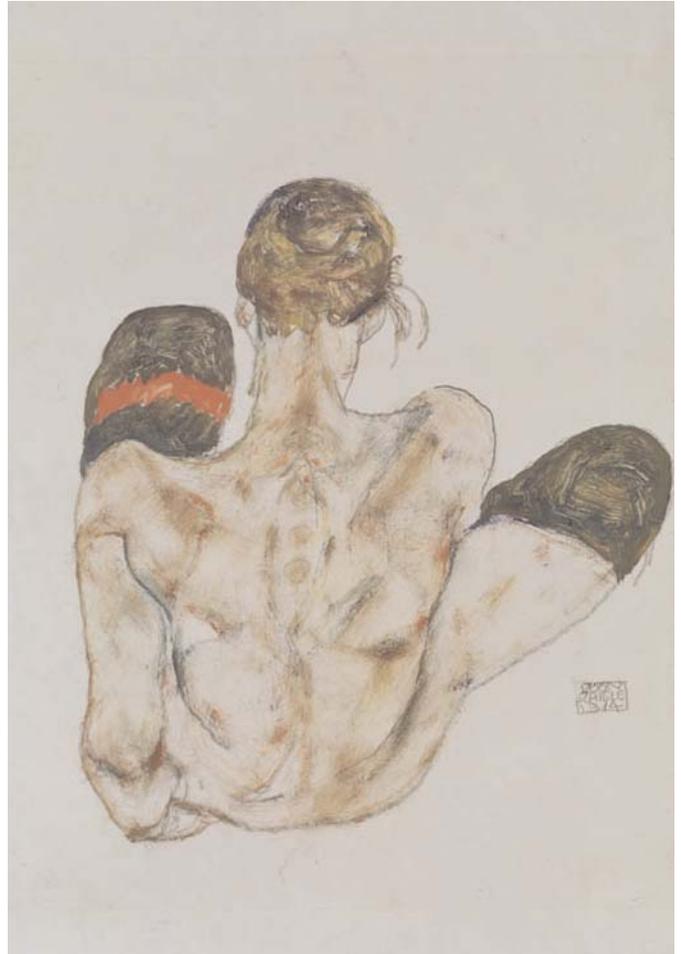
Selbstinszenierung, Eros und Tod

In Zusammenarbeit mit dem Horst Janssen Museum in Oldenburg zeigt das Leopold Museum in Wien Zeichnungen und Grafiken der beiden Jahrhundertkünstler Egon Schiele und Horst Janssen. Egon Schiele wird mit 35 Arbeiten aus der Sammlung Leopold vertreten sein, Horst Janssen mit 50 Zeichnungen und Aquarellen sowie den Radierzyklen „Hanno's Tod“, „Totentanz“ und „Bettina“.

Der österreichische Expressionist Egon Schiele (1890 – 1918), der am Anfang des vergangenen Jahrhunderts als frühvollendeter Maler und Zeichner ein erstaunliches und provokantes Werk geschaffen hat, war für den Norddeutschen Horst Janssen (1929 – 1985) eine Offenbarung. Vor allem gegen Ende seines Lebens und Schaffens, in den 80er und Anfang der 90er Jahre, hat Horst Janssen deutlichen Bezug auf Egon Schiele genommen. Neben den formalen Anklängen, die in Janssens vielgestaltigem Werk aufzuspüren sind, sind es aber vor



Horst Janssen, *Gefügelte Bettina*, 1973
© Verlag St. Gertrude, Hamburg / VBK, Wien, 2004



Egon Schiele, *Weiblicher Rückenakt mit rotem Strumpfband*, 1914
© Leopold Museum, Wien

allem die Inhalte, die beide Künstler gleichermaßen fasziniert haben. Die Themen „Eros und Tod“ sowie das Selbstporträt waren für beide Künstler von Anfang an zentral. Die Ausstellung wird die Parallelen aufzeigen und die Unterschiede herausarbeiten, mit denen beide Künstler sich den gewählten Sujets nähern: Beispielhaft sind die Frauenakte, die vor allem bei Egon Schiele neben ihrer erotischen Ausstrahlung auch immer eine existentielle Melancholie enthalten, und die Selbstporträts Horst Janssens, die zuweilen eine Todesnähe implizieren und in dem Radierzyklus „Hanno's Tod“ gipfeln.

Unkonventionell und provokant habe beide gearbeitet, Schiele als Rebell am beginnenden, Janssen als Unzeitgemäßer in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Beide Künstler sind Meister des Zeichenstifts und der Aquarellkunst, ihre Arbeiten auf Papier werden erstmalig einander gegenüber gestellt.

Es erscheint ein Katalog mit ca. 200 Seiten und 80 Farbabbildungen und wird ca. 18 Euro kosten. Die Textbeiträge stammen von den Kuratoren der Ausstellung Claudia Breitkopf-Weinmann, Berlin, Jutta Moster-Hoos, Horst Janssen Museum, Oldenburg und Rudolf Leopold, Leopold Museum, Wien. <http://www.leopoldmuseum.org>

»Lumpazivagabundus«

Wolfgang Böck beginnt seine Intendanz der »Schloßspiele Kobersdorf« als Knieriem in Nestroys Zauberposse mit Gesang. Premiere ist am 7. Juli 2004.

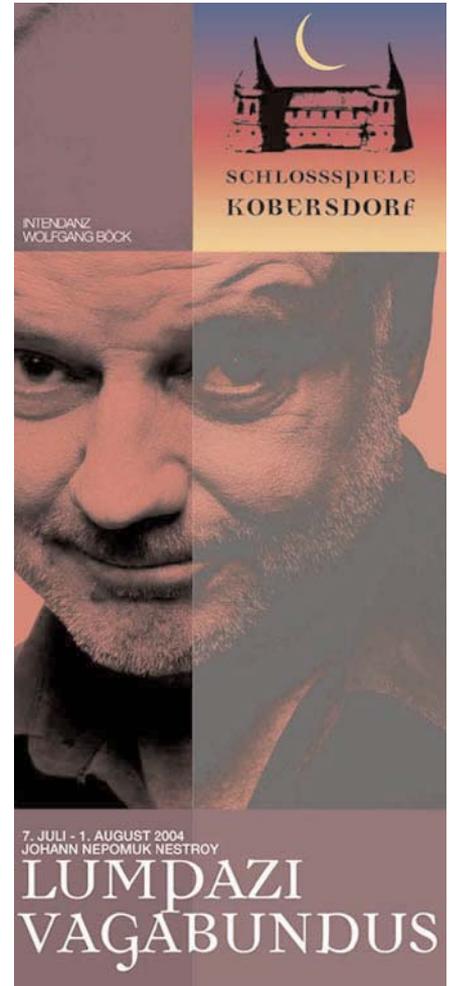
Von Michael Mössmer.

Viele Jahre hat man in der burgenländischen Gemeinde Kobersdorf gegürbelt, wie man wohl den Fremdenverkehr ankurbeln könnte. Der letzte tätige Vulkan Österreichs, der 775 Meter hohe Pauliberg, ist zwar einzigartig, aber kein Ausflugsziel, von dem eine Region zehren kann. Auch die wunderbare Landschaft, waldrreiches Hügelland, ist nicht mehr so gefragt wie früher, als es zu Zeiten der Sommerfrische noch war. Es sollte also etwas gefunden werden, was mehrfachen Nutzen bringen würde. So etwas wie die Burgspiele Forchtenstein oder die Seefestspiele Mörbisch schwebten vor. Ein wesentlicher Bestandteil dafür war schließlich vorhanden: das Schloß Kobersdorf, das, ob seiner langen Geschichte, selbst kultureller Höhepunkt des Landstrichs ist. Die vormalige Wasserburg wird an den Anfang des 13. Jahrhunderts datiert, knapp 400 Jahre später wird erstmals das „Neue Schloß“ erwähnt, Teile davon stammten damals noch aus dem Mittelalter, wurden aber von Franz Graf Kery im 17. Jahrhundert durch einen Trakt im Stil der Spätrenaissance ersetzt. Das Anwesen ist

heute im Besitz der Architektin Prof. Martha Bolldorf, die einen Teil davon für Kulturelles geöffnet hat.

Das war, vor etwas mehr als 30 Jahren, der Startschuß für die „Schloßspiele Kobersdorf“, die vom 7. bis 9. Juli 1972 im damals eben neu renovierten Schloßhof Premiere feierten. Bis 1987 war Kobersdorf, wie man selbst sagt, ein Ort der Experimente; dennoch erfolgreich: So bestritten die Rothenburger Hans-Sachs-Spieler einige Aufführungen im Gastengagement.

Dann, 1998, gelang es der Gemeindeführung, den beliebten Kammerschauspieler Rudolf Buczolich als künstlerischen Leiter zu gewinnen. Viele erinnern sich an seine Rolle als „Ober“ im ORF-„Seniorenclub“, seine Leistungen am Wiener Burgtheater sind hoch geschätzt. Buczolich positionierte Kobersdorf als „Komödienzentrum“ für lebendiges, unterhaltendes, aber auch nachdenklich stimmendes Theater. In den Jahren bis 2003 war es ihm gelungen, die „Kobersdorfer Schloßspiele“ als fixen Bestandteil in die Kulturszene des Burgenlandes zu integrieren und



weit über die Landesgrenzen hinaus bekanntzumachen.

Neue Intendanz

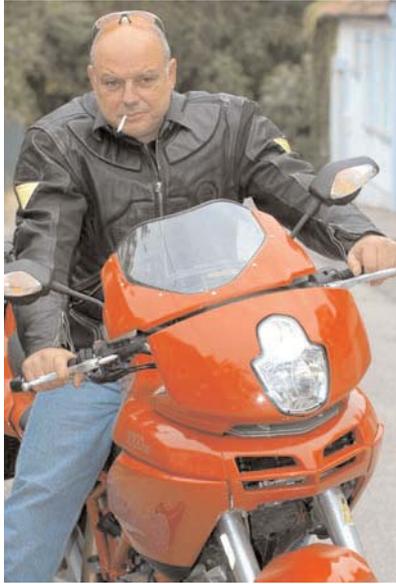
Da der Vertrag mit Rudolf Buczolich 2003 auslief und nicht mehr verlängert wurde, lud man insgesamt fünf Bewerber zu einem Hearing. Am 19. September 2003 gab dann der Obmann des Vereines, Kulturlanderrat Helmut Bieler, gemeinsam mit seinen Vorstandskollegen Manfred Fuchs und Werner Gradwohl die Entscheidung bekannt, den Schauspieler Wolfgang Böck zum neuen künstlerischen Leiter zu bestellen. Er sei ein äußerst erfolgreicher und vor allem auch „erfahrener Vollprofi mit exzellentem Namen, besten Kontakten in der Theater- und Film-



Das Schloß Kobersdorf ist ob seiner langen Geschichte selbst kultureller Höhepunkt des Landstrichs

Alle Fotos: Schloßspiele Kobersdorf

Zur Person Wolfgang Böck



Geboren am 14. Jänner 1953 in Linz, lebt in Draßburg (Burgenland); 9 Jahre Pflichtschule / 4 Jahre HTBLA für Maschinenbau; 1973-76 Hochschule für Musik und darstellende Kunst; Abschluß mit Auszeichnung; 1976-79 Theater für Vorarlberg in Bregenz; während dieser

Zeit Verpflichtungen bei den Bregenzer Festspielen; 1980-83 Linzer Landestheater; 1983-87 Volkstheater Wien (Förderungspreis zur Kainzmedaille für die Rolle Pinneberg in „Kleiner Mann was nun?“ von Fallada; Skrauppreis für „Liliom“ Molnar); seit 1987 Freier Schauspieler mit Verpflichtungen im: Theater in der Josefstadt, Schauspielhaus Zürich, Volkstheater Wien, Opernhaus Graz, Wiener Ensemble, Salzburger Festspiele, Renaissancetheater Berlin

Gründungsmitglied des „Waldviertler Hoftheaters“

Musikprogramme: Strizzilieder, Oide Hawara, Schwoazze Luft

Film und Fernsehen, u.a.:

„Der Nachbar“ von Götz Spielmann – ausgezeichnet auf dem internationalen Filmfestival in San Sebastian, „Kaisermühlenblues“, „Opernball“, „Hinterholz 8“, „Trautmann“, „Zwölfeläut“, „Brüder“ uvm.

szene und dem richtigen Gespür für diese Bühne“, begründete Bieler die Entscheidung.

Böck, das „schauspielerische Vollblut“, wie Bieler ihn bezeichnet, nahm seine Arbeit mit 1. Oktober 2003 auf und ist nun für die kommenden fünf Jahre für die Geschehnisse der Kobersdorfer Schloßspiele verantwortlich.

Der am 14. Jänner 1953 in Linz geborene Böck lebt im burgenländischen Draßburg und hat in den letzten Jahren durch sehr erfolgreiche Film- und Fernsehrollen, wie etwa in „Trautmann“, im „Kaisermühlenblues“, in „Opernball“, „Hinterholz 8“ oder in „Brüder“ (mit Erwin Steinhauer und Andreas Vitasek) österreichweit große Bekanntheit erlangt und wurde sowohl für Theater- als auch Filmrollen vielfach ausgezeichnet.

Ausschlaggebend war natürlich auch, daß Böck mit seinen Vorstellungen zu einer erfolgreichen Weiterentwicklung der Schloßspiele überzeugt hatte. Bieler: „Wolfgang Böck steht für publikumswirksame Stücke, für qualitativvolles und unterhaltsames Sommertheater – eben genau das, was wir wollen.“

Böck selbst sieht sein Engagement als schöne und anspruchsvolle Herausforderung, auf die er sich schon sehr freue: „Ich möchte nicht nur erstklassiges, ‚handwerklich‘

professionelles Theater in Kobersdorf bieten, sondern ein Theatererlebnis schlechthin verwirklichen, zu dem auch das einmalige Ambiente, Wein oder kulinarische Angebote beitragen werden.“ Und: „Wer aus Kobersdorf weggeht, soll sagen können: ‚Ein toller, einmaliger Abend!‘“

Als „Einstand“ setzte Böck den „Lumpazivagabundus“ von Johann Nestroy aufs Programm – und übernimmt dabei selbst die Rolle des „Knieriem“.

Das Stück

Drei arbeitslose Handwerksgelesen, werden von den „Obrigen“ als Kandidaten für einen Wettstreit erkoren. Der Schneider Zwirn und der Schuster Knieriem ziehen schon jahrelang im „sozialen Elend“ umher und haben sich darin mehr oder minder kommod eingerichtet. Wissend, daß sich in ihrem Leben nichts Gravierendes mehr ändern wird, sind ihre Anforderungen an dieses recht bescheiden. Ihre Ansprüche reichen kaum über die Akzeptanz der Obdachlosigkeit und Bettelei hinaus. Das Wirtshaus ist ihr Wohnzimmer, die Straße ihr Schlafquartier. Ihre Lebensphilosophie heißt: heute. Das Morgen inter-

essiert sie nicht. Ihre Sehnsüchte sind verkümmert, bzw. einer realistischen Einschätzung der Lage geopfert worden.

Der Dritte im Bund, der Tischler Leim, jünger als die beiden anderen, und noch nicht so lange auf der Straße unterwegs, hat sich noch seine bürgerlichen Träume bewahrt, als da sind: Karriere, Frau, Kinder usw. Er hofft, daß sein Zustand temporär ist. Was sich dann auch bewahrheitet, wenngleich auch er zum Spielball der Obrigen wird. Aber er ist doch nicht programmiert für diese Wahnsinnfahrt durch das Leben, als Outcast. Er kehrt in das Nest zurück, von dem er geträumt hatte, im Gepäck etwas ganz Kostbares, das ihm vorher noch nie begegnet war, eine wunderbare Freundschaft. Das ist das „Abschiedsgeschenk“ der beiden anderen, die wohl ihr Leben so weiterführen werden wie bisher.

Wenn es auch ein kurzes Intermezzo des Reichtums in ihrem Leben gibt. Sie sind zu stark in ihrer Lebensphilosophie des Außenseiters verhaftet, als daß sie sich wieder in ein bürgerliches Leben einordnen könnten. Sie sind und bleiben unangepaßt und unmanipulierbar (zum Leidwesen derer, die sie zu ihren Wettkandidaten auserkoren haben). Und sie sind zufrieden damit. Ihre Freundschaft mit Leim ist auch ihnen äußerst kostbar, wenngleich nur insoweit, als sie ihre Freiheit nicht einschränkt.

Das ist die Quintessenz von „Lumpazivagabundus“ von Johann Nepomuk Eduard Ambrosius Nestroy, dem Freundschaft mehr bedeutet hat, als alles andere. ■

Quelle: Schloßspiele Kobersdorf

i Schloßspiele Kobersdorf

Schubertplatz 6
7000 Eisenstadt
Telefon: +43 / (0) 2682 / 66 211
Telefax: +43 / (0) 2682 / 66 211-14
E-Mail: schlossspiele@kobersdorf.at
<http://www.kobersdorf.at>

Lumpazivagabundus

Johann Nepomuk Nestroy

Premiere: Mittwoch, 7. Juli 2004

Intendant: Wolfgang Böck

Regie: Werner Prinz

Bühnenbild: Erich Uiberlacker

Kostüme: Maria-Luise Walek

Musik: Erke Duit

Mit Wolfgang Böck, Bigi Fischer, Thomas Freudensprung, Nicolaus Hagg, Dieter Hofinger, Dominik Kaschke, Wolfgang Klivana, Birgit Linauer, Clemens Aap Lindenberger, Christian Pogats, Julia Randl, Gregor Seberg, Piroska Szekely

Spieldauer: ca. 2 Stunden 30 Minuten

»Ganz oder gar net«

Den Aufstand wider den musikalischen Einheitsstaat proben sie seit elf Jahren.

Wilde Hund' san's scho, diese AlpenRebellen. Den Aufstand wider den musikalischen Einheitsstaat proben die sechs gestandenen Mannsbilder aus der Steiermark seit nunmehr elf Jahren. Und sie bellen, was das Zeug hält. Doch zum Glück halten sie es dabei mit der alten Volksweisheit: Wirklich beißen tun sie nicht. Nur a bisserl in die Wadln zwicken.

Harte Schale, weicher Kern. Kein Zweifel, auch Rebellen haben ein Herz. Und sie zeigen es freimütig. Auf ihrem neuesten Album „Ganz oder gar net“, wieder von Hermann Weindorf produziert, überraschen die krachledernen Burschen mit gefühlvollen Balladen. Und noch eine Überraschung haben die AlpenRebellen für ihre Fans: Ihre neuen Nummern kommen deutlich volkstümlicher daher als bisher. Nein, den Schneid haben sich die nimmermüden Streiter für eine moderne alpenländische Musik nicht abkaufen lassen. Die Titel ihrer aktuellen Produktion wirken nur erdiger, bodenständiger, ursprünglicher. Vielleicht gerade deshalb besitzen die Lieder der brandneuen CD eine so ungeheure Kraft. Vor allem die Balladen gehen tief. Weil sie nicht auf Schlager getrimmt sind. Die meisten Gruppen zwischen Alpen und Waterkant schwimmen längst auf dieser Welle. Nicht so die AlpenRebellen. „Wir sind halt in gewisser Hinsicht stur, eben echte Steirer“, sagen die Musiker wie aus einem Munde. Als Entschuldigung ist das übrigens nicht gemeint. Schon eher als künstlerisches Glaubensbekenntnis.

Apropos Bekenntnis: Die aktuelle Produktion ist zugleich eine Standortbestimmung, die Sänger Witsch mit dem Titel „Daß wir Steirer san“ auf den Punkt bringt. Authentischer geht's nicht, denn Text und Musik stammen aus seiner Feder. „Wir wissen ganz genau, woher wir kemman, und des is wahrlich koa Dreck...“ bezeugt der Front-Rebell seine Liebe zur Heimat mit Worten, die so rau und urwüchsig sind wie die steirischen Berge, an Deutlichkeit jedoch nichts vermissen lassen.

Vierzehn Titel haben die AlpenRebellen auf ihren aktuellen Tonträger „Ganz oder gar



Drücken bisweilen auf die Tube und treiben die Dezibel bis zum Anschlag: die AlpenRebellen: „Unsere Freunde erwarten eben, daß wir's richtig krachen lassen!“
Andreas Webhofer c/o Objectiv Photographen

net“ (Koch, Best-Nr. CD: 9866047) gepackt – jeder für sich erzählt eine Geschichte. Lieder, bei denen es sich lohnt, genauer hinzuhören. Viele sprühen vor Wortwitz, andere kommen echt steirisch – will heißen ungefiltert – über die Boxen. Für alle aber gilt die erprobte Devise der alpenländischen Power-Truppe: Immer voll drauf!

Fröhliche Ländler und rockig aufgepeppelte Polkas („Zwölfi Läuten“, „Goiserer und Stöckelschuh“, „So a Jahr in den Bergen“) wechseln sich auf dem Album ab mit ebenso kraftvollen Gute-Laune-Songs („Der Seppi und die Peppi“, „Die schönsten Wadln“), rhythmisch betonten Stücken („Na und“, „Ganz oder gar net“, „Guat drauf“) und vier wunderschönen Balladen, die von Liebe erzählen, Spaziergängen durch's Traumland am See („Stilles Wasser“), Sehnsucht nach Sommer und Wärme („Es riacht scho nach Sommer“), Vertrauen und Geborgenheit („Es tuat so guat“) und dem Glücksgefühl, wenn sich die Fans bei ihren Konzerten in den Armen liegen („Warum kanns so net immer sein“).

Ein Glück war's auch, daß sich 1993 Rock-Musiker und Oberkriener erstmals gegen das volkstümliche Establishment verbündeten. Seitdem mischen die Alpen-Rebellen Hart-

wig (Harti) Reitmann, Willibald (Witsch) Taxacher, Manfred (Mondo) Priversek, Manfred (Manni) Mulej und die Zwillinge Kurt und Christian (Chris) Kaindlbauer die Szene mächtig auf. Mit dem Song „Die Leut' am Land“ belegen sie beim „Grand Prix der Volksmusik“ 1994 den dritten Platz und landen bald darauf mit „Rock mi“ ihren bisher größten Hit.

In musikalische Schubladen zwingen lassen sich die eigenwilligen Künstler nicht. „Wir sind eine Rockband mit Volksmusik-elementen“, stellt die Gruppe klar. „Wir machen keine Volksmusik, sondern Musik fürs Volk.“ Und dem gefällt's. In jedem Alter. Bei Konzerten ist das Publikum stets bunt gemischt – und aktiv dabei. Auf rebellisch-charmante Art wird es von Anfang an zum Mitmachen „gezwungen“. Wenn die sechs Jungs dabei mit ihren konsequent live gespielten Instrumenten („Hilfsmittelbediener haben bei uns nix verlor'n“) kräftig auf die Tube drücken und die Dezibel bis zum Anschlag in die Höhe treiben, kann auch künftig so manch älterer Fan sein Hörgerät getrost eine Stufe zurückdrehen. „Unsere Freunde erwarten eben, daß wir's richtig krachen lassen!“

<http://www.alpenrebellen.at/>

Heiraten, Verloben nach Zillertaler Art

Die Ferienregion Fügen - am Eingang des Zillertales - bietet ab Mai ein spezielles Angebot für Hochzeitspaare und Verliebte.



Foto: Ferienregion Fügen/tk

Die Ferienregion Fügen – am Eingang des Zillertales – bietet ab Mai ein spezielles Angebot für Hochzeitspaare und Verliebte, ein unvergleichliches Service in der beeindruckenden Zillertaler Bergwelt.

Fügen hat eine Wallfahrtskirche, eine Wallfahrtskapelle weiter zwei Kirchen und über 20 wunderbare Kapellen. Die Geschichten der Kirchen gehen teilweise bis ins 9. Jahrhundert zurück und Hochzeiten sowie andere Versprechen halten in dieser Gegend einfach länger.

Mit diesem Angebot sollen nicht nur jene angesprochen werden, welche sich das erste Mal das „Ja-Wort“ geben, sondern auch jene, die Verlobung feiern oder ihre silberne bzw. goldene Hochzeit in der Zillertaler Bergwelt erleben wollen.

Den Gästen stehen Beherbergungsbetriebe in allen Kategorien zur Verfügung. Zahlreiche Angebote wie Hochzeitskutsche, Volksmusikgruppen, Feuerwerk, Meßfeiern und vieles mehr machen die Zillertaler

Hochzeit zu einem Sinneserlebnis. Wer in luftiger Höhe heiraten will, bekommt von der Spieljochbahn ab 29. Mai eine spezielle Hochzeits-Gondel.

Fügen ist jene Gemeinde, von wo aus das Weihnachtslied „Stille Nacht, Heilige Nacht“ durch die Rainer-Sänger seinen Siegeszug um die Welt nahm. Aus dieser kulturellen Verantwortung zur Tradition heraus, werden auch die Feste für „Liebespaare“ jeden Alters gestaltet. Ein Rahmenprogramm in dem Kultur, Spiritualität und viel Harmonie im Mittelpunkt stehen, soll helfen, Fügen für qualitätsbewusste Gäste des Zillertales zu öffnen.

Weitere Attraktionen sind das Heimatmuseum, sowie die Schaukäserei in welcher der Besucher hautnah erleben kann, wie die Milch in die Packung kommt. Besucher kommen in den besonderen Genuß einer speziellen Verkostung und bekommen einen kleinen Geschenkkorb von der Alm. Derzeit bietet die Ferienregion spezielle Angebote

für Frühjahrs-Schifahrer. Ein Ausflug ins Zillertal lohnt sich, um sich vorweg ein Bild zu machen, wo man die schönsten Tage seines Lebens verbringen wird. ■

i Ferienregion Fügen im Zillertal

Hauptstrasse 1
A-6263 Fügen
Telefon: ++43 / (0)5288 / 62262
Telefax: ++43 / (0)5288 / 63070
E-Mail: tvb.fuegen@tirol.com
<http://www.fuegen.cc>



- ... 3.763 Kühe,
- ... 1.720 Hühner,
- ... 480 Pferde,
- ... 10 Heublumenbäder,
- ... mehr als 100 Almhütten,
- ... ein Melkdiplom,
- ... 1.452 Schweine und
- ... eine Internetadresse?

Lesen Sie in unserer nächsten Ausgabe einen Bericht über Kärntens Almhütten für alle Geschmäcker. Am 1. April 2004.